kus aber entschied sich in Gotha für Legalität und damit für Opposition in der sozialdemokratischen Massenpartei. Nach diesem Kongreß stellte die Bremer „Arbeiter-Politik" in klaren und scharfen Worten fest, daß die Rolle des Spartakus einen welthistorischen Verrat an der kommenden russischen Revolution bedeute und wenn in letzten Jahren oft die Rede davon war, daß dem deutschen Proletariat zu seiner historischen Stunde im November 1918 ein revolutionäres Zentrum, eine in Kämpfen erstarkte politische Organisation gefehlt hat, so wird die Geschichte berichten, daß Spartakus 1917 in Gotha auch die proletarische Revolution in Deutschland schon im voraus meucheln half.

Diese Taktik entsprang natürlich genau so wenig persönlicher Böswilligkeit, war in demselben Maße ein sozialdemokratisches Erbe wie der politische Weltschmerz des Parteizentrums auch. Der Respekt vor Disziplin und organisatorischer Einheit war durch die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie so mächtig geworden, daß auch linksradikale Elemente diesem Organisationskretinismus ihre scharfe politische Kritik hier zum Opfer brachten und nicht sahen, daß sie in der organisatorischen Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie letzten Endes auch politisch die Gefangenen der „Völkerbefreiung" bleiben mußten. Damals schon sah Spartakus im Kampf um die Führung das Kardinalproblem der Krise in der Arbeiterbewegung. Damals schon glaubte man die Kräfte der Massen durch Manifeste und Thesen zu wecken und begriff nicht, daß die politische Linie fruchtbar nur in Wechselwirkung mit dem Kampf gegen die alten Organisationen sein konnte, in denen die Arbeiter gefesselt waren und die jedem Erwachen zur proletarischen Aktivität in Geschichte und Aufbau glatt entgegenstanden. Deshalb ging Spartakus von der „Eroberung der Massen" innerhalb der alten Organisationen aus und entschied sich erst im Grollen der herannahenden Novembererhebung für die organisatorische Trennung von der USP., deren Halbheit mit der Zuspitzung der politischen Verhältnisse immer krasser in Erscheinung trat. Dieser Entschluß aber entsprang nicht der Erkenntnis einer fundamentalen Voraussetzung für die Lösung der proletarischen Klassenaufgabe, sondern nur bestimmten, aus der Situation geborenen, taktischen Erwägungen, an denen wohl die aus dem Kerker zurückgekehrten Liebknecht und Luxemburg ihren wichtigen Anteil hatten, die aber gar bald von prominenten Vertretern der neuen Partei als verfrüht bezeichnet wurden, wie es ja auch auf dem ersten Kongreß der Komintern durch den deutschen Vertreter zum Ausdruck kam, der in Wirklichkeit nur von der sofortigen Gründung der III. Internationale warnte, weil die alte organisatorische Hörigkeit gegenüber der Sozialdemokratie seine Gruppe dazu bestimmte 4). Im Sammelband Lenin-Sinowjew: Gegen den Strom ist das halbzentristische Verhalten des Spartakus der Kriegszeit verschiedentlich festgestellt. Wir haben darauf im „Proletarier" 1926, Heft 4-5 und 6 schon eingehend Bezug genommen, so daß sich hier weiteres dazu erübrigt.

Jedenfalls liegt die Spaltung von Heidelberg 1919 und die Hochzeit in Halle 1920 nur in der alten Linie des Spartakus, der sich vom Zentrismus nie ganz freigemacht hatte und dem jetzt das Dilemma der russischen Revolution zu Hilfe kam. Daß aber der Herausgeber des Mehringschen Artikels in der „Internationale" mit dem aktuellen Anlaß dieses Dokumentes auch das Eingeständnis des Alten über den Bankrott der Einheitsfront-Taktik in der Kriegszeit verheimlichte, ist jetzt nur zu erklärlich, wenn man Mehring — mit dem auch wir wohl heute nicht in allem konform gehen würden — als Kronzeugen für den Leninismus aufmarschieren lassen will.

## Von der Revolution zur Konterrevolution

**Die Plattform der linken Opposition in der bolschewistischen Partei.**

Unter dem Titel: „Vor dem Thermidor" erscheint soeben, gewissermaßen zum 10. Jahrestag der russischen Revolution, in deutscher Uebersetzung die Plattform der gegenwärtig linkesten russischen Opposition. Die 78 Seiten starke Broschüre, erschienen bei Fritz Erulat, Hummelsbüttel, Post Fuhlsbüttel (Hamburg), trägt den Untertitel „Revolution und Konterrevolution in Sowjetrußland". Als Verfasser sind genannt Sapronow, Smirnow, Oborin, Kalinin, **„unterdrückt in Rußland und in allen Sektionen der Komintern"**. Als Herausgeber in Deutschland zeichnen „die aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen Hamburger Oktoberkämpfer". Diese stehen offenbar der Korschgruppe sehr nahe.

In dem Dokument liegt ein Versuch vor, sich von dem Wust der nep- und neoneprussischen Praxis und Theorien zu befreien und zum Marxismus zurückzukehren. Die schweren, historisch bedingten Widerstände gegen eine solche Wandlung sind aber nur halb und unfertig beseitigt, auch wenn man, trotz leninistischer Formulierungen, zwischen den Zeilen liest. Es ist aber zum Unterschied von den noch weniger konsequenten und diplomatischeren Aeußerungen der Trotzki-Sinowjew-Plattform so, daß die von Sapronow und Genossen aufgezeigten Tatsachen die eigenen mitgeschleppten Illusionen von dem immer noch „proletarischen Staate" und dem immer noch möglichen „sozialistischen Aufbau" „tatsächlich" erschlagen. Daß die russischen Genossen die Frage der russischen Revolution nicht mit Rosa Luxemburgs Schärfe stellen, daß sie aus ihrer Situation heraus die praktischen und ideologischen Hemmnisse des Leninismus noch nicht überwunden haben, kann begriffen werden, fordert aber zum Widerspruch heraus. Die vielfachen Apelle an den „Sowjetstaat" fördern die von Ruth Fischer-Maßlow im deutschen Proletariat verbreitete Illusion, daß der „Sowjetstaat" gerettet werden könnte, wenn nur die talentvolleren Ratschläge der Opposition befolgt würden. Kein internationaler Kommunist kann sich deshalb auch dieser linkesten Plattform gegenüber auf die Beurteilung unter dem Gesichtspunkt des aktuellen, spezifisch „russischen" Klassenkampfes einlassen. Die These, die Korsch aufstellt, daß nämlich diese Plattform ein höherer Ausdruck des internationalen Klassenkampfes sei als gegenwärtig alle ideologischen Widerspiegelungen des Klassenkampfes in Deutschland, ist so falsch wie möglich. Nur unerbittliche Kritik vom internationalen Standpunkt, wie unter den entwickelteren Verhältnissen des westeuropäischen Klassenkampfes, schon in den Jahren 1918—1920 entstandenen Analysen Rosa Luxemburgs, Pannekoeks, Gorters gaben z. B. der KAP. von Anfang an und in wachsendem Maße die Möglichkeit, die konterrevolutionäre Politik des angeblichen „Sowjet"-Staates aufzuzeigen. Wir können deshalb nicht, wie Korsch das ausdrücklich tut, als Höhepunkt einer dialektisch begründeten Taktik bezeichnen, daß diese Plattform an die „Sowjet"-Illusionen anknüpft und ganz utopische Forderungen stellt, die in Wirklichkeit nur durch eine proletarische Revolution im internationalen Maßstabe gelöst werden können. Durch die Taktik des Anknüpfens, die Taktik der dauernden Appelle an die „Sowjet"-Regierung erleidet nicht nur die Entwicklung des Klassenbewußtseins der russischen Arbeiter unermeßlichen Schaden. Die Vorhut des russischen Proletariats muß die Interessen der Arbeiterklasse anmelden und durchkämpfen mit den Mitteln radikaler politischer Aufklärung, mit Streiks, mit der Organisierung einer Klassenorganisation in den Betrieben, mit der Bildung einer kommunistischen Partei. Sie darf bei Vertretung der Arbeiterinteressen keine Rücksicht nehmen auf die gegenwärtigen mit innerer Notwendigkeit kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten folgende Industrialisierung Rußlands. Gerade die scheinbar klassenlose, objektive Oppositionsforderung gesteigerter Industrialisierung muß in der jetzigen Phase des Weltkapitalismus mit der den Dingen eigenen Logik zu fast allen Konsequenzen führen, die die Stalinregierung aus der objektiven Lage zieht durch Rationalisierung, Steigerung der Intensität der Arbeit, Verkürzung des Reallohnes, Förderung der kapitalistischen Akkumulation auf dem Lande (Bereichert Euch!) Handelsverträge, Anerkennung der Zarenschulden, kapitalistische Anleihen, Militärbündnisse usw. Zeitgemäßer russischer Klassenkampf, internationale kommunistische Politik ist nicht möglich, wenn die russischen Genossen der Opposition die geringste Verschleierung des wirklichen Charakters des „Sowjet"-Staates vornehmen und in Zukunft nicht weiter vorwärtsgehen als in dieser Plattform. Ein Zurückgehen unter das Niveau des in Westeuropa erreichten Klassenkampfstandpunktes ist es aber, wenn die „Hamburger Oktoberkämpfer" die Plattform ohne ein kritisches Vorwort herausgeben und die Korsch-Gruppe dazu übergeht, diese Plattform kommentarlos zu vertreiben.

Die Plattform enthält und stützt alle großen Irrtümer Lenins. In der These von der „Erpressung von Mehrwert aus Arbeitern und Kolonien" (?) (Seite 5) ist die ganze falsche Leninsche Theorie der nationalen Frage und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker enthalten. Die Behauptung: es besteht kein Zweifel, daß wir, gestützt auf die Nationalisierung der Industrie trotz unserer technischen Rückständigkeit auch im Rahmen der Nep unsere Wirtschaft in sozialistischem Sinne ausbauen können (Seite 9) ist schon von Rosa Luxemburg als fundamentaler Irrtum des Leninismus nachgewiesen. Die wirtschaftsdemokratischen Illusionen, die daraus folgen, Arbeitsrecht nach kapitalistischem Muster, Tarifverträge, staatliche Schiedsgerichtsbarkeit (Seite 26-27), die falsche Einschätzung auch solcher in diesem Sinne reformierter Gewerkschaften liegen auf der Linie einer opportunistischen Politik. Die unter dem Titel „Parteipolitik auf dem Dorfe" zusammengefaßten Vorschläge sind im Rahmen auch des russischen Staatskapitalismus völlig utopisch und lehnen sich verhängnisvoll an die Leninsche These der Hegemonie des Proletariats, d. h. an das Bündnis zweier Klassen an. Es sind typische Kennzeichen der Halbheit dieser Plattform, daß die Kritik an der Komintern wesentlich erst anfängt mit den Worten: „Die Politik der Komintern ohne Lenin . . . . (Seite 54), und daß die verderbliche Rolle Lenins auf dem III. Weltkongreß, als er die weitblickendsten westeuropäischen Kommunisten abspaltete, immer noch nicht erkannt ist.

Und trotzdem müßte diese Plattform schon allein deswegen einer positiven Kritik unterzogen werden, weil unter „Perspektiven der Weltrevolution" (Seite 3) die marxistische Kominternperspektive von der „Stabilisierung des Kapitalismus" unter Hinweis auf die Verschärfung der Klassengegensätze abgelehnt wird. Zum zweiten aber, weil trotz Aufrechterhaltung des Scheins vom russischen „proletarischen Staate" folgender Absatz aus dem Kapitel „Unsere Staatsunternehmungen" in Wirklichkeit den ganzen Schwindel dieses „proletarischen Staates" aufdeckt. Es heißt da Seite 69-70:

„Der Sozialismus unterscheidet sich vom Kapitalismus dadurch, daß die Arbeitskraft aufhört, eine Ware zu sein. Indessen wird unter den Bedingungen der Nep die Arbeitskraft gekauft — wenn auch von dem proletarischen Staate, so doch auf dem Markte, und nur als Ware; ebenso wie die Produktionsmittel, wird sie zum Element des Produktionsprozesses. Daß dieser Umstand sehr konkrete Folgen zeitigt und nicht — um den Ausdruck mancher junger Bucharinisten zu gebrauchen — eine bloße „kapitalistische Maske" ist, die ein konsequent sozialistisches Unternehmen aus irgend einem Grunde aufsetzen muß, das enthüllt sich sofort, wenn diese Arbeitskraft aus diesen oder jenen Gründen für den Produktionsprozeß überflüssig wird. Der Arbeiter wird dann zu einem Arbeitslosen. Mögen wir ihn dann auch besser versorgen und unterstützen als die Kapitalisten — das hebt den grundsätzlichen Unterschied von der sozialistischen Struktur nicht auf; denn beim Sozialismus zieht der Ueberschuß der Arbeitskraft im Verhältnis zum Bedarf die Verkürzung der Arbeit eines jeden Arbeiters nach sich, nicht aber die Verkürzung der Zahl der Arbeiter. Solche Organisationsformen der Industrie, bei denen die Arbeitskraft noch eine Ware bleibt, als Sozialismus — wenn auch als einen schlechten — zu bezeichnen, das heißt die Wirklichkeit auf die abgeschmackteste Weise zu beschönigen, den Sozialismus in den Augen der Arbeiter zu diskreditieren, das heißt die noch ungelöste Aufgabe als gelöst hinstellen und die Nep für den Sozialismus ausgeben."

Was aber sonst noch an Tatsachen über das Elend der Arbeiter in Rußland unter den Auswirkungen kapitalistischer Politik in dem Kapitel „Arbeitsfragen" (Seite 15) enthüllt wird, was über den Charakter des „Sowjet"-Staates (Seite 38), der Partei (Seite 45), der Kominternpolitik (Seite 53) ausgesagt wird, ist trotz halber und falscher Konsequenzen, die die Opposition daraus zieht, wert, den deutschen Arbeitern mitgeteilt zu werden. Diese Dinge sind von so großer Bedeutung für die Aufklärung des westeuropäischen Proletarits, für die Herausbildung einer internationalen kommunistischen Bewegung, daß sie in den Händen marxistisch revolutionärer Arbeiter zu einer scharfen Waffe gegen den Leninismus, und auch gegen die leninistische Opposition werden.

4) Siehe Protokoll des 1. Kongresses der III. Internationale, Redner Albert, S. 132 und 146.

## Proletarisches Notizbuch

**Ein überflüssiger Beschluß.** Das Polbüro des ZK. der KPD. hat in einer Sitzung vom 18. November zum Parteiausschluß von Trotzki und Sinowjew einen Beschluß gefaßt, in dem es sich mit dem Vorgehen der russischen Stalin-Zentrale „völlig solidarisch" erklärt. — Diese ausdrückliche Zustimmungserklärung war absolut nicht notwendig. Das revolutionäre Proletariat weiß ohnehin, daß die Eunuchen der KPD.-Zentrale nur das Lied singen, was ihre Moskauer Brotgeber anstimmen.

**Eine Hand wäscht die andere . . .** Der preußische „Wohlfahrts"-Minister Hirtsiefer ist in Anerkennung seiner Verdienste um den Abbau des Mieterschutzes und die damit verbundene großzügige Verschlimmerung der Wohnungsnot, durch die die Tuberkulose und ähnliche Kulturerscheinungen sich besser ausbreiten können, zum **Ehrendoktor der Medizin** von der Universität Bonn ernannt worden. — Die bürgerlichen Wissenschaftler dokumentieren damit, daß Hirtsiefers „Wohlfahrtspolitik" nur in ihrem — kapitalistischen — Klasseninteresse liegt.

**Arbeitslosen wird Selbstmord empfohlen!** Die „Rote Fahne" vom 23. November berichtet: „Mit welchen brutalen Mitteln auf den Unterstützungsentzug hingearbeitet wird, zeigt der Fall einer 52jährigen Frau. Diese war über 20 Jahre in ein- und demselben Beruf tätig. Da sie Unterstützung erhält, aber nicht sofort vermittelt werden kann, verfügt das Arbeitsamt unter Bezugnahme auf § 92 (Berufsumschulung), daß diese Frau sich einer Berufsumschulung auf Holzbeizen zu unterziehen habe. Als die Frau mit Recht darauf hinweist, daß eine solche Berufsumschulung in ihrem Alter doch fast unmöglich sei und daß die Arbeitslosigkeit auch auf diesem Gebiet vorhanden ist, wird ihr mit der Entziehung der Unterstützung gedroht. **Als sie beim Dezernenten vorstellig wird, zeigt der ihr eine Notiz, wonach ein Arbeitsloser Selbstmord verübt hat.** In der ganzen Form sollte damit angedeutet werden, daß er der Frau empfiehlt, auch diesen Weg zu beschreiten." — Selbstmord ist in der Tat der einzige „Ausweg", den der kapitalistische Staat den durch die Rationalisierung überflüssig gewordenen Proleten zeigen kann.

**„Christliche Nächstenliebe".** Im „Freidenker" Nr. 11 lesen wir: Der katholische Geistliche Mirezki hat eine Broschüre unter dem Titel „Krieg" veröffentlicht, in der folgendes Gebet enthalten ist: **„O Herr, verleihe unseren Händen Kraft, Vortrefflichkeit den Kanonen, Ausdauer den Tanks, Unsichtbarkeit den Fleugzeugen, Flüssigkeit und Allgegenwart den Gasen.** Verleihe ihnen die Zeichen, die deiner heiligen Liebe gleich sind. Im Namen dieser Liebe, mit der du uns liebst, möge der Feind dahinsinken wie das Gras, das von der Sense deiner Gerechtigkeit berührt wird. **Mögen ihre Frauen und ihr Land unfruchtbar werden, mögen ihre Kinder betteln gehen und ihre Töchter der Schändung anheimfallen! (!)** Mögen ihre Kugeln und Geschosse ins Gras fallen wie die Lämmchen und mögen die unserigen aus **ihnen wie die Tiger das Herz und das Blut herausreißen und mögen sie endlich erblinden.** Unsere Seele ist dieselbe wie vor tausend Jahren: sie haßt den Feind und verzeiht ihm nicht. So verzeihe auch du nicht den Gottlosen, sondern bestrafe sie, auf daß sie aufhören uns zu schaden und verhindere uns gnädigst nicht daran, wenn wir sie unschädlich machen. Für jetzt, für immer und in alle Ewigkeit, Amen!" — Hier wird nur drastisch ausgesprochen, daß die christliche Nächstenliebe im Zeitalter des imperialistischen Kapitalismus die Zwillingsschwester der nationalistischen Mordhetze ist.

**Arbeiterschlächter Tschangkaischek zurückgekehrt.** Nach Pekinger Meldungen hat Tschangkaischek wieder das Oberkommando übernommen. Nach anderen Meldungen aus Schanghai habe Tschangkaischek erklärt, er wolle vorläufig nicht Generalissimus werden, sondern seine Stellung im Zentralvollzugsausschuß der Kuomintang wieder einnehmen. — Der von den Moskaujüngern jahrelang auf Händen getragene chinesische Noske ist sicher zurückgekommen, um abermals mit dem Henkerbeil zwischen die rebellierenden Sklaven zu schlagen.

**Dem Verdienste seinen Orden.** Kürzlich waren deutsche Regierungsvertreter in Wien bei Bundeskanzler Seipel zu Besuch, wobei ihnen vom Gastgeber Orden angehängt wurden. Unter den Vertretern der Bürgerblockregierung, die von der österreichischen Regierung mit Orden ausgezeichnet wurden, befindet sich auch der **sozialdemokratische** Ministerialdirektor Dr. **Zechlin**. Die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme" muß feststellen, daß dieser saubere „Sozialist" die Ordensauszeichnung „von der mit Proletarierblut befleckten Regierung Seipel" entgegengenommen hat. — Seipel weiß eben die Hilfe, die die SPD.-Bonzen bei der Niederknüppelung des Wiener Juliaufstandes geleistet haben, wohl zu schätzen.

**Die „Abrüstung" marschiert.** Der holländische Marineminister kündigt an, daß bis zum Jahre 1930 die holländische Flotte zwei Kreuzer, 12 Zerstörer und 18 Unterseeboote vergrößert werden soll. — Finnland, das zurzeit seine Flotte erneuert, hat bei einer schwedischen Firma für 10 Millionen Kronen Artillerieausrüstung bestellt.

## Aus der Partei

**Bezirkskonferenz Ruhrgebiet.**

Eine am 6. November in Essen tagende Bezirkskonferenz Ruhrgebiet faßte folgende Beschlüsse:

I.

„Die Bezirkskonferenz Ruhrgebiet der KAPD. billigte die Beschlüsse der Zentralausschußsitzung und forderte alle Genossen auf, durch verstärkte Aktivität die Bahn frei zu machen für die ideologische und organisatorische Vertiefung und Verbreiterung der revolutionären Arbeiterbewegung. Die Bezirkskonferenz erklärt, daß in den Reihen der KAPD. kein Platz sein kann für eine Opposition ohne Prinzipien, die ihre Prinzipienlosigkeit insbesondere noch dadurch dokumentiert, daß sie als ihre einzige Aufgabe die Zersetzung der revolutionären Organisationen durch Boykott der revolutionären Presse, Sperrung der Beiträge usw. Die Bezirkskonferenz fordert alle Genossen auf, im Rahmen der Partei und auf der Grundlage der auf dem Zentralausschuß neu erhärteten Prinzipien ihre Pflicht zu tun, um zu den objektiven auch die subjektiven Voraussetzungen für die proletarische Revolution zu schaffen.

II.

Die Bezirkskonferenz der KAPD. Ruhrgebiet ersucht den CHA. der KAPD., sich mehr wie früher um die internationale Arbeit zu kümmern. Aus der Stellung der holländischen Genossen, betreffs der Opposition, ist zu ersehen, daß die internationale Verbindung vollständig fehlt. Um den politischen Kampf gegen die II. und III. Internationale und die geplante Konterrevolution besser und erfolgreicher durchzuführen, ist eine enge Verbindung mit allen antigewerkschaftlichen und antiparlamentarischen Organisationen und Gruppen im internationalen Maßstabe notwendig. Der GHA. der KAPD. wird beauftragt, diesbezügliche Schritte einzuleiten und auf dem kommenden Parteitag der KAPD. darüber Bericht zu erstatten. Einstimmig angenommen.

Essen, den 6. November 1927.

## Mitteilungen

**Ortsgruppe Forst.**

Jeden Sonntag früh 9,30 Uhr: **Oeffentl. Diskussionsabend.**

Vorträge:

1. Die Intellektuellen in der Arbeiterbewegung.
2. Dialektischer Materialismus.
3. Internationale Lage (Die Gewerkschaften und der Befreiungskampf des Proletariats)

im „Gasthaus zur Hopfenblüte" (Ermisch), Cottbuser Straße. KAZ.-Leser und Sympathisierende sind eingeladen.

**Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.**

Jeden Freitag, 19.30 Uhr, Diskussionsabend bei Gessat, Graudenzerstr. 3. 3. Unterbezirk. **Berlin.**

**Gruppe Wedding:** jed. Mittwoch 8 Uhr, Prinz Eugen-, Ecke Schulstr. Lokal „Weiße Taube."

**Gruppe Cöpenick:** jed. Mittwoch im Jugendheim, Schloßstraße 27.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sela, Neukölln. Druck: Erdmann & Co., Berlin SO 36, Moritzpl. 6741.

8. Jahrg. Nr. 93 Preis 15 Pfg.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 1. Dezember 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bln. SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

## Hase und Swienegel

Anläßlich der letzten Wahlen, und insbesondere der soeben stattgefundenen Wahlen in Braunschweig, Anhalt und Mecklenburg-Strelitz, sind die sozialdemokratischen Parteien beider Richtungen in ein wahres Triumphgeheul verfallen. Und sie haben, vom Standpunkt der Wahlziffern aus betrachtet, auch alle Ursache dazu. In Braunschweig verlor die Deutschnationale Partei zirka 50 Prozent ihrer innegehabten Stimmen. In Mecklenburg hat sich die SPD. gehalten, sogar bei Stimmenrückgang infolge der Zersplitterung der bürgerlichen Parteien zwei neue Mandate erhalten. In Anhalt gewann die KPD. 5000 Stimmen, die SPD. verlor 1000. Ueberall da, wo die SPD. in Opposition stand, konnte sie ihren parlamentarischen Einfluß bedeutend steigern, und ihre Stimmenzahl prozentual so stark vermehren, daß die Konkurrenz der KPD. daneben unglaublich lächerlich wirkt. Aber auch da, wo sie mit offener Koalitionspolitik belastet ist, kann sie ihre Stimmen halten, und im großen und ganzen von einem „Vormarsch auf der ganzen Linie" jubeln. Es kann hierzu schon das eine bemerkt werden, daß der Versuch der KPD., ihre stärkere und erfahrene parlamentarische Konkurrenz auf ihrem ureigentsten Gebiet, auf dem des parlamentarischen Arbeiterbetruges zu schlagen, ein hoffnungsloser Versuch bleiben muß. Wenn die KPD. eine Nasenlänge gewinnt, gewinnt die SPD. drei. Wie lange die KPD.-Arbeiter eine solch aussichtslose Jagd mitmachen werden, ist eine Frage, die sich insofern von selbst beantworten wird, weil ihnen die dauernde Wiederholung dieses Spiels, dessen Unsinnigkeit fortlaufend und bis zum Ueberdruß selbst demonstrieren wird. Ihr „Kampf" gegen die SPD. auf dem Gebiete sozialdemokratischer Parlamentstaktik ist zu derselben Aussichtslosigkeit verurteilt, wie der Kampf des Hasen gegen den Swienegel.

Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß, ganz gleich, ob nun die Sozialdemokratie oder die KPD. den parlamentarischen Rebach macht, ein gewisser Umschwung in den breiten Massen zum Ausdruck kommt. Die Sozialdemokratie ist durch ihren ungeheuren Verrat am Proletariat in den Jahren nach der Revolution arg ramponiert worden. Die Wiederherstellung der „Ruhe und Ordnung" mußte natürlich auf Kosten der Sozialdemokratie gehen. Sie konnte nicht davor zurückschrecken, die Verachtung der breiten Massen in Kauf zu nehmen, weil sie um ihrer selbst willen die bürgerliche Ordnung retten mußte. Die siegreiche Revolution hätte das Ende der Sozialdemokratie bedeutet. Aber mit der Konsolidierung der bürgerlichen Ordnung und der Sicherung der Herrschaft der Bourgeoisie wurde die Sozialdemokratie selbst als Regierungspartei überflüssig. Der Druck auf die Arbeitermassen, der sich mit der fortschreitenden „Gesundung" immer mehr verstärkt, sucht nach einem Ausweg, und die so in „Opposition" gedrängte Sozialdemokratie wird wiederum nach der Abwirtschaftung nationalistischer Demagogie zum Sammelbecken kleinbürgerlicher Unzufriedenheit.

Diese Unzufriedenheit ist es, die eine wahre Freude über die „Siege" auch bei den Siegern nicht aufkommen läßt. Das zeigt sich schon anläßlich der bevorstehenden Reichstagsauflösung. Die Sozialdemokratie hätte es in der Hand, diese Stimmung jetzt auszunützen, um einen frisch-fröhlichen Wahlkampf vom Zaune zu reißen. Aber trotz aller Siege marschiert sie mit gedämpftem Trommelklang. Sie hat eine heillose Angst vor den selbst gezüchteten Illusionen. Die „linksmarschierenden Massen haben Hunger! Und diesen Hunger kann die Sozialdemokratie auch nach ihrem „Sieg" über den „Bürgerblock" nicht stillen. Im Gegenteil: Wir haben schon in Nr. 92 der „KAZ." nachgewiesen, wie die Bourgeoisie nach der wirtschaftlichen, auch die politische Rationalisierung konsequent zu Ende führt, noch mehr als bisher die Macht ihrer Klasse in die Kontore der Beamten und der Konzerne und Truste verlegt, und so die vielgepriesene Sozialreform jeder Art bis zu einem Grade abbaute, daß die Bürgerblockregierung ruhig der Dinge abwarten kann, die die Sozialdemokratie dann bescheren wird.

Nochmehr: Alle Welt weiß, daß dieser aufgeblähten Konjunktur eine Krise folgen wird, von deren Ausmaß man sich heute nur eine ganz ungefähre Vorstellung machen kann. Ist schon in Zeiten der Konjunktur die Zahl der Arbeitslosen ungeheuer hoch, wird sie bei den ersten Komplikationen erschreckend in die Höhe schnellen. Die Löhne sind in dieser „Konjunktur" nicht nur nicht gestiegen, sondern relativ gesunken und werden durch die steigende Teuerungsinflation immer weiter herabgedrückt. So wird die Sozialdemokratie für ihre Wahlen auch fernerhin sehr günstige Aussichten haben. Die Unzufriedenheit wird weiter steigen, weil das Elend rapide weiter wächst.

Aber was kann sie den Massen bieten, die auf parlamentarischem Wege eine Verbesserung ihrer Lage erhoffen? Nichts! Die „Bürgerblockregierung" wird verschwinden und an ihre Stelle wird treten die „Koalition gegen die Deutschnationalen". So wird sie wiederum die selbst gezüchteten Illusionen selbst grausam zerstören müssen. Sie kann den aufbegehrenden, hungernden, hoffenden Massen nichts geben als — den Gummiknüppel, oder wenn das nicht mehr hilft, Bleikugeln in den Bauch. Sie wird die Wohnungsnot im Proletariat dadurch auf ihre Weise „lösen", daß sie die Gefängnisse und Zuchthäuser mit revolutionären Arbeitern füllt.

Solange das Proletariat sein eigenes Verhältnis zu dem heutigen kapitalistischen Staat mit seinem Parlamentarismus nicht erkennt, ist es ganz natürlich, daß sich die Aktivität des Proletariats in den Grenzen der bürgerlichen Demokratie bewegen muß. Die Massen wandern enttäuscht von einer parlamentarischen Partei zu anderen. Die gestern deutschnational wählten, werden über Nacht zu „Sozialisten" oder „Kommunisten", und sie werden wieder zu Hakenkreuzlern, wenn die Partei, die sie aus Reaktion gegen die früheren wählten, ihre Illusionen nicht erfüllt.

Hier zeigt sich in Wirklichkeit die verheerende Wirkung der Politik der III. Internationale in ihrer ganzen Tragweite. Dieser Irrweg wäre nicht mehr in dem Maße möglich, wenn eine geschlossene revolutionäre Bewegung den Massen, die instinktiv den Ausweg suchten, ihnen wirklich Führer auf ihrem opferreichen Wege gewesen wäre. Statt dessen wurde dem revolutionär fühlenden und suchenden Proletariat durch den „revolutionären" Parlamentarismus von neuem das Rückgrad gebrochen. Und nun zeigt sich, daß eben auch der „revolutionäre" Parlamentarismus der Logik der Demokratie, aus der er wächst, nicht entrinnen kann. Ueberall da, wo eine „Arbeitermehrheit" vorhanden ist, steht die KPD. vor der Frage, eben die Regierung mit der SPD. zu übernehmen. Die KPD. kann dann nur zweierlei tun: Sie kann sich prinzipiell weigern, dann stößt sie ihre eigenen Wähler vor den Kopf und treibt sie in die Arme der SPD., denn diese Wähler wählen nicht die „Revolution", sondern sie wollen „praktische Ar-

## Russisch-Litauisches Militärbündnis?

Wir haben in diesen Blättern laufend die Außenpolitik Rußlands klargelegt und diese Politik als eine imperialistische Politik entlarvt. Auch anläßlich des Putsches, der die heutige Banditenregierung Litauens zur Macht brachte, haben wir darauf hingewiesen, wie Rußland alles versucht, um die „Freundschaft" des Woldemaras zu erhalten. Dies ist auch gelungen! Während die litauische Henkerbande einen unerhörten Ausrottungsfeldzug gegen das revolutionäre Proletariat organisierte und durchführte, verharrte der „Arbeiterstaat" in wohlwollender Neutralität und erreichte dadurch, daß der mit der früheren „demokratischen" Regierung abgeschlossene Handelsvertrag auch von der Regierung Woldemaras akzeptiert, und bis auf den heutigen Tag respektiert wurde.

Anläßlich des Konfliktes Polens mit Litauen tut natürlich die „Rote Fahne" wieder restlos ihre schmutzige Pflicht, die darin besteht, unter einem Kreuzfeuer von blechernen Phrasen die wahre Politik des „Arbeiterstaates" zu verschleiern. In Wirklichkeit findet die Regierung Woldemaras in dem „Arbeiterstaat" noch die einzige Stütze, und wird sogar ganz ermuntert, die „Unabhängigkeit Litauens" zu verteidigen. Auch scheint hier die These Klara Zetkins von der Zusammenarbeit der „Reichswehr mit den Rotarmisten" in ihrer Verwirklichung am weitesten ausgereift zu sein, was aus folgender Meldung ersichtlich ist.

**Riga, 27. November (Telunion). Der aus Rußland eingetroffene litauische Gesandte in Moskau teilte mit, daß Rußland alles tun werde, um Litauen zu schützen; doch erwartet man hier, daß Rußland sich auf Protestnoten beschränken und selbst im Falle eines polnischen Angriffs nicht zum letzten Mittel des bewaffneten Einschreitens greifen werde. Dessenungeachtet erregt es hier großes Aufsehen, daß der russische Militärvertreter für die baltischen Staaten in Kowno eingetroffen ist und mit den zuständigen Stellen Verhandlungen führt"**

Die Richtigkeit dieser Meldung wird sogar für jeden, der Augen hat zu sehen, von der „Roten Fahne" selbst bestätigt, die mit der bitteren Bemerkung, daß eine Bestätigung nicht vorläge, die Note Rußlands veröffentlichen muß, ohne natürlich im Falle der Bestätigunig auch nur ein Wörtlein gegen den leninistischen Kurs sagen zu dürfen. In der russischen Note heißt es:

„Die in der letzten Zeit gespannten Beziehungen zwischen Polen und Litauen, die eine Bedrohung für den Frieden bedeuten, beunruhigen die Sowjetregierung. Diese kann nur alarmiert werden durch die Entwicklung eines Konfliktes, der voll ernster Komplikationen ist und zu einem neuen Blutvergießen und neuen Leiden für Millionen von Arbeitern ganz Europas führen kann. Ohne zum Kern des Zwistes vordringen zu wollen, der Polen und Litauen veruneinigt, legt die Sowjetregierung Gewicht darauf, darzutun, **daß die Aufrechterhaltung des Friedens viel mehr von Polen als von Litauen abhängt.** In der Tat kann letzteres Land angesichts seiner Hilfsmittel nicht die Verwirklichung seiner Aspirationen in einem bewaffneten Konflikt mit Polen suchen. Die Sowjetregierung hat auch nicht verfehlt, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Regierung von Litauen auf die Notwendigkeit zu lenken, jede Handlung zu vermeiden, die eine an sich schon zu gespannte Lage verschärfen könnte."

Schon in der „Roten Fahne" vom 26. November wurden die Proletarier mit der großen Knallzeile auf der ersten Seite dieser „revolutionären Zeitung" überrascht: „Polen überfällt Litauen". Durch den so festgestellten „Ueberfall" Polens ist die litauische Henkerregierung glänzend gerechtfertigt. Sie wäscht ihre Hände in Unschuld, und angesichts der „Gefahr", in der nun das „Vaterland" sich befindet, ist es nur konsequent, wenn alle revolutionären Proletarier, denen diese Henkerregierung nicht paßt, unschädlich gemacht werden. Denn die Regierung des „Arbeiterstaates" ruft nicht etwa das litauische und polnische Proletariat zum Sturz seiner Regierungen auf, sondern die Regierung des „Arbeiterstaates" steckt den Regierungen, die einen unglaublichen Vernichtungsfeldzug gegen das Proletariat führen, die Friedenspalme in die blutbefleckten Hände, und putzte sie beide vor den Augen des Proletariats zu den Hütern des Friedens heraus. Die russische Note bringt das an einer anderen Stelle folgendermaßen fertig:

„Ohne untersuchen zu wollen, inwieweit all diese alarmierenden Nachrichten wohl begründet sind, sieht sich die Sowjetregierung, die der unmittelbare Nachbar Polens und Litauens ist und deshalb besonders an der Aufrechterhaltung des Friedens in Osteuropa interessiert ist, gezwungen, ganz besonders die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die ungeheuren Gefahren zu lenken, die ein eventuelles von irgend einem Lande gegen die **Unabhängigkeit Litauens** begangenes Attentat bedeuten würde, in welcher Form es auch geschehe. **Sie gibt der Gewißheit Ausdruck, daß die polnische Regierung, die noch jüngst sehr feierlich ihre Friedensliebe betont hat, die drohende Kriegsgefahr zu vermeiden wissen wird."**

Nicht nur die „demokratischen", sondern die faschistischen Henkerregierungen sind es, die den „Frieden" erhalten. Der Weg zur Ausrottung aller kapitalistischen Kriege geht nicht mehr über den Weg des Sturzes der kapitalistischen Ordnung und ihrer Regierungen, sondern er geht über den Weg der Bündnisse mit den kapitalistischen Regierungen, und aus diesem Grunde zur Stärkung dieser Regierungen des weißen Terrors als „Friedensgarantie". Unter der Maske des „Selbstbestimmungsrechts der Völker" und ihres Rechtes auf „Unabhängigkeit" reicht die Regierung des „Arbeiterstaates" dem weißen Terror der „unterdrückten" Länder die leninistische Bruderhand zum Kampfe gegen das revolutionäre Proletariat.

Natürlich nicht nur seit heute und gestern. Und natürlich liegt keine besondere Veranlassung vor, sich künstlich über eine Politik aufzuregen, die an konterrevolutionärer Klarheit eigentlich gar nichts zu wünschen übrigläßt. Aber trotz des offensichtlich unzweideutig konterrevolutionären Kurses der „Arbeiterregierung", die sich in nichts mehr von der sozialdemokratischen „Friedenspolitik" unterscheidet, ist es immer wieder nötig, diesen Verrat zu brandmarken, weil noch Tausende von Arbeitern gedankenlos hinter dieser „Friedenspolitik" herlaufen, und in ihr eigenes Verderben stürzen.

beit". Oder die KPD. kann Bedingungen stellen, deren Erfüllung innerhalb des Kapitalismus nicht möglich ist, dann ist es für die SPD. ein leichtes, die Unerfüllbarkeit dieser Bedingungen und die Demagogie der KPD. nachzuweisen. Der Verrat in Sachsen war nicht nur das Verbrechen erbärmlicher Reformisten — die ja heute die uneingeschränkte Macht über die KPD. haben — sondern war die reife Frucht der parlamentarischen Taktik.

Die Wahlsiege sind die Vorboten dafür, daß das Proletariat sich innerhalb dieser bürgerlichen Demokratie wieder in Bewegung setzt. Aber diese Demokratie schreibt ihm selbst mit Blei und Kugeln den Kreis vor, in dem es sich drehen muß. Es ist dem Proletariat erlaubt, den Reiter zu wechseln, den es durch den demokratischen Hypodrom schleppt und von dem es sich die Sporen in den Bauch schlagen lassen darf. Dem Kommunismus dagegen erwächst die Aufgabe, dem Proletariat zu zeigen, daß seine Existenz als Klasse innerhalb der bürgerlichen Demokratie zur Unmöglichkeit geworden, daß es gegen diese Demokratie selbst den Kampf aufnehmen, daß seine Taktik auf die Ueberwindung des kapitalistischen Systems gerichtet sein muß und die Losung und die Lehre lautet: Massenaktionen gegen parlamentarische Führerpolitik.

## Politische Rundschau

### Eisenbahnerstreik in Dresden

In Dresden ist die 1300 Mann starke Belegschaft des Ausbesserungswerkes Dresden-Friedrichstadt geschlossen in den Streik getreten, um die Zurücknahme der Maßregelung ihrer Funktionäre zu erzwingen. Statt heute früh die Arbeit aufzunehmen, ging die Belegschaft zu einer Versammlung im Kristallpalast. Die Eisenbahnverwaltung hat daraufhin bekannt gemacht, daß das Werk bis auf weiteres geschlossen werde. — Wie es den Eisenbahnern in Dresden letzten Endes ergehen wird, zeigt die Stellungnahme des „Vorwärts", der an ein langes Gejammer über die Unfähigkeit der Eisenbahnverwaltung, mit Arbeitern „vernünftig" umzugehen die Lüge schreibt: **„Wird der Streik nicht auf dem schnellsten Wege beigelegt, dann können seine Funken sehr leicht in das Pulverfaß der Reichsbahn fallen. Dies zu verhüten, lohnt wahrlich die Mühe!** Die Eisenbahner wissen also Bescheid, welche Rolle ihre „bewährten Führer" natürlich auch ihnen gegenüber spielen. Sie werden natürlich so lange hilflos sein, so lange sie sich auf Organisationen verlassen, die vor einem Streik mehr Angst haben, wie die Kapitalisten selbst.

### Aus dem gewerkschaftlichen Saustall

Gegen zwei besonders korrumpierte Gestalten des „Maschinisten- und Heizerverbandes", Klebe und Schlichting, ist nunmehr das bürgerliche Gericht eingeschritten und hat die arg ramponierte „Ehre" dieser Herren wieder geflickt. Die Korruption dieser Herren stank so zum Himmel, daß nach einem vollen Jahr die Bürokratie keinen anderen Ausweg sah, als den Schutz der vielgepriesenen Demokratie anzurufen. Die „Rote Fahne", die diesen Fall reichlich ausschlachtete, mußte nun vor Gericht zugeben, daß diese beiden Herren völlig zu Unrecht verdächtigt wurden. Resigniert gesteht die „Rote Fahne" vom 27. November:

„Eigenartigerweise wurde aber nun der Hauptzeuge für die Bestätigung dieses Vorwurfes gegen Klebe und Schlichting, der ehemalige Verbandssekretär Jacobi, ausgerechnet in dem Moment ebenfalls unter Anklage gestellt, nachdem er von der Verteidigung der „Roten Fahne" als Zeuge benannt war. Dadurch konnte Jacobi, der als Angeklagter ausdrücklich erklärte, die Darstellung der „Roten Fahne" wäre in allen Punkten richtig, seine Behauptung nicht beschwören, wodurch der Verteidigung die wichtigste Stütze genommen war. Juristisch kam dadurch der Angeklagte, Genosse Genisch, in Nachteil, während alle juristischen Vorteile auf seiten der Ankläger standen.

Unter diesen Umständen konnte der Vorwurf nicht mehr aufrechterhalten werden, auf Grund dieser Sachlage wurde der Vergleich vom Angeklagten eingegangen und ausdrücklich festgestellt, **daß sich auf Grund der heutigen Beweisaufnahme der Vorwurf nicht aufrechterhalten lasse und zurückgezogen werde.**

Ob dieses Ergebnis berechtigten Anlaß zu dem Jubelgeheul im „Vorwärts" gibt, das zu beurteilen, überlassen wir getrost der Oeffentlichkeit. Ebenso die vom „Vorwärts" daran geknüpften Bemerkungen, als ob die Kommunisten mit Austragen derartigen „Klatschs und Tratschs" die Gewerkschaften erobern und die Sozialdemokratischen Führer herabzusetzen hofften."

Die „Rote Fahne" hält also die Behauptung, daß diese Burschen viel Dreck am Stecken haben, trotz der formalen Zurücknahme, aufrecht! Sie gibt also zu, daß an die Stützen der Demokratie, wenn diese den Schutz des bürgerlichen Gerichts anrufen, einfach nicht heranzukommen ist. Auch das geben wir zu. Wir müssen aber an die KPD.-Arbeiter die Frage richten: Wie stellt Ihr Euch unter den eingestandenen Umständen eigentlich die „Eroberung" der Gewerkschaften vor?

### Als Lügner entlarvt

Wir hatten seiner Zeit mitgeteilt, daß das „Ruhrecho", Organ der KPD. im Ruhrgebiet, die ungeheuerliche Anschuldigung erhoben hatte, die Entschiedene Linke und der Genosse Schwarz seien von der SPD. bestochen und hätten von dieser Geld erhalten.

Ganz jämmerlich müssen sie darnach zu Kreuze kriechen. Denn das „Ruhrecho" vom 24. November 1927 ist genötigt, eine Berichtigung des Genossen Schwarz in seinen Spalten abzudrucken, die die Essener Schwindler und Verleumder ein für allemal als solche kennzeichnet.

Die Berichtigung lautet:

1. Es ist unwahr, daß der Scheck der Sparkasse der Stadt Bottrop vom 7. 5. 27, ausgestellt von Herrn Gerhard Knebel, jemals durch meine Hände gegangen ist. Vielmehr ergibt sich aus den eigenen Mitteilungen, daß der Scheck in den Händen des Genossen Keich gewesen ist, welcher der Richtung Ruth Fischer angehört. Grylewitz gehört ebenfalls dieser Richtung und nicht der Entschiedenen Linken an.
2. Ein Giro von mir oder einem Mitglied der Entschiedenen Linken befindet sich nicht auf dem Scheck.
3. Weder Mitglieder der Entschiedenen Linken noch ich haben jemals Geld von der Sozialdemokratischen Partei oder von irgend einer anderen Person in deren Auftrag noch durch irgend eine Verbindungsperson erhalten.

Ernst Schwarz.

Es ist nicht das erste Mal, daß das „Ruhrecho" derart am Pranger steht. Das gleiche war der Fall, als seiner Zeit die Herren aus der Rottstraße die schwersten Anschuldigungen gegen den Genossen Koniezny in Herne erhoben und gleichfalls mit ihren Lügen elend zusammen brachen. Können die Arbeiter solchen Burschen, die immer wieder auf den Lügenpfad ertappt werden, in politischer Hinsicht Glauben schenken? Wir möchten das aufs entschiedenste verneinen und zweifeln nicht, daß das die revolutionären Arbeiter des Ruhrgebiets eines Tages gleich uns erkennen und einsehen werden.

### Die Arbeitslosigkeit steigt

**Berlin**, 26. November. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist in der Zeit vom 31. Oktober bis zum 15. November weiter gestiegen. Sie betrug am 15. November insgesamt rund 518 000 gegenüber 456 000 am 31. Oktober, hat also um 62 000 oder rund 13,6 v. H. zugenommen.

### Die Preise steigen

Der amtliche Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts beträgt zum 23. November 140,9 gegenüber 140,3 in der Vorwoche. Von den Einzelgruppen sind besonders gestiegen die Agrarstoffe. Hiervon sind pflanzliche Nahrungsmittel, infolge höherer Preise für Brotgetreide, Mehl, Kartoffeln und Zucker von 142,0 auf 144,1, d. h. um 2,1 Punkte und Vieherzeugnisse bei höheren Preisen für Butter und teilweise auch für Milch und Eier von 164,3 auf 167,1, d. h. um 2,8 Punkte gestiegen.

### Die Scene hat gewechselt

Auf den sozialdemokratischen Bürgermeister von Wien, Seitz, wurde auf offener Straße ein Revolverattentat verübt. Der Täter gab drei Schüsse ab, die alle ihr Ziel verfehlten. Nach kurzer Flucht wurde er verhaftet. Seine Vernehmung ergab, daß es sich um einen Faschisten namens Richard Ströbinger handelt. — Der Faschismus in Oesterreich wittert nach der „glorreichen" Haltung des Julaufstandes des österreichischen Proletariats Morgenluft. Aber auch die österreichische Bourgeoisie wird einsehen, daß zur Niederhaltung des Proletariats die Sozialdemokraten wichtiger sind wie die Faschisten und wird letztere früh genug — wie in Deutschland — zurückpfeifen.

## Die Demokratie im eigenen Spiegel

### Die Löhne sind seit 1913 um 50 Prozent gesunken.

Wir haben schon in der vorigen Nummer der KAZ. Zitate aus dem Vorwärts gebracht, in denen festgestellt wird, daß die Zigarrenarbeiterlöhne seit 1913 um 50 Prozent gesunken sind und heute im Durchschnitt 13 und 15,50 Mark wöchentlich betragen und ferner das grauenhafte Elend, daß Familien bis zu elf Köpfen in einem Raum, in wenige Betten, Gesunde und Kranke, zusammenpreßt.

Die Zigarrenarbeiter stehen allein und machtlos einem riesig starken und gutorganisierten Großkapital gegenüber und selbst ein heroischster gesetzlicher Streik bis zum Verhungern würde den Zigarrengewaltigen nur ein kühles Achselzucken abringen. Die Zigarrenarbeiter verstehen ja doch nicht, daß es ihre Gewerkschaften sind, die dieses Elend sanktioniert haben und sie darin erhalten und werden auch nicht die Schlüsse daraus ziehen. Deshalb kann der Vorwärts das Elend der Zigarrenarbeiter ausnützen und durch sein Schimpfen auf das Tabakkapital seine „Arbeiterfreundlichkeit" beweisen.

Der im Auftrage des Vorwärts in den Streikgebieten im Luxusauto herumgondelnde Redaktionsreisende kann sich daher ohne Scheu weiter erlauben, die erbärmliche Lage der Zigarrenarbeiter weiter auszuschlachten. Wir bringen nochmals ein Bild aus dem Eichsfeld:

**Mit 10 bis 14 Mark in der Woche**

gehen hier die meisten Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen nach Hause. Und viele, besonders die **Ripperinnen**, bringen es oft nur auf **8 bis 9 Mark wöchentlich**. So sind die Löhne fast durchwegs auf den Dörfern. In den kleinen Städten werden von den Rollern 16 bis 18 Mark verdient, die Löhne der Wickelmacher und Ripper liegen auch hier weit unter diesem Satz. Eine Fabrik hatte nicht ausgesperrt; sie gehört dem RDZ. nicht an und beschäftigt etwa 70 Personen, darunter fast fünfzig Frauen und Mädchen. In dieser Fabrik sitzen an langen Tischen Männer, Frauen und Mädchen auf kleinen Schemeln ohne Rückenlehne, über ihre Arbeit gebeugt. Hier die **Ripperinnen**, die mit staunenswerter Fixigkeit die starke Mittelrippe aus den Tabakblättern entfernen. **Kinder von 14 und 15 Jahren** sind darunter und schädigen ihre junge Gesundheit durch **Einatmen des giftigen Tabakstaubes**. Hier wird der Keim zur Tabakarbeiterkrankheit, zur Tuberkulose, gelegt.

**Kein Hund möchte länger so leben.**

Die Achtundvierzigstundenwoche ist tariflich festgelegt. Aber da, wo die schlechtesten Löhne bezahlt werden, arbeiten die Zigarrensklaven **zwölf Stunden**. Ich frage: „Warum dringt ihr nicht auf Einhaltung des Achtstundentages?" „Man zwingt uns nicht, länger zu arbeiten. Aber **in acht Stunden verdienen wir so wenig, daß wir verhungern könnten.** Da bleiben wir bis zum Abend und arbeiten zwölf Stunden, damit der Lohn wenigstens zum Allernötigsten reicht."

•

**Gedenket der Obdachlosen!**

Die kalten Winternächte kommen heran. Jeden Abend klopfen Tausende frierender, hungernder, obdachloser Menschen an die Pforte des städtischen Obdachs in der Fröbelstraße. Die Stadt ist mit Erfolg bemüht, mehr als das gesetzliche Maß der Hilfe den Unglücklichen zuzuwenden, welche sie Nacht für Nacht in ihre Obhut nehmen muß. Obdach und Verpflegung allein aber reichen noch immer nicht aus, um den Schutzsuchenden zu helfen: vor allem fehlt warme Winterkleidung. Die Verwaltung des Obdachs bittet herzlichst, Kleidungsstücke, Mäntel, warme Unterwäsche, Strümpfe und Schuhwerk zu spenden. Jede Gabe, vor allem auch gebrauchte Stücke, ist nicht nur willkommen, sondern auch geeignet, zahllose Menschen, welche morgens wieder auf die kalte Straße hinaus müssen, vor Krankheit und noch Schlimmerem zu bewahren.

(„Vorwärts", 18. 11. Morgenausgabe.)

•

**Erschütternde Bitte.**

Wie alljährlich um diese Zeit ergehen auch jetzt wieder die Bitten der Gefängnisgeistlichen um Weihnachtsgaben für die Gefangenen und deren vielfach in bitterster Not befindlichen Angehörigen. In einem dieser Schreiben heißt es:

„Gestatten Sie uns in dieser Zeit vor Weihnachten die Zusendung einer herzlichen Bitte um Gaben für unsere Gefangenen im Gefängnis, um Gaben vor allem für der Gefangenen, notleidende, einsame Frauen und Kinder, deren Elend oft geradezu grenzenlos ist. Fast täglich tritt uns solche bitterste Not hilfeflehend in erschütternder Weise vor Augen. Wir bitten um Lebensmittel, Wäsche, Kleidungsstücke — vor allem für Männer — besonders Mäntel und Geldgaben. Auch gute Bücher für unsere Gefangenenbücherei sind willkommen.

(„Vorwärts", 17. 11. 27. Morgenausgabe.)

•

**Hundert Jahre Strafentlassenen-Fürsorge.**

Der Berliner „Verein zur Besserung der Strafgefangenen" feierte am Sonnabend die hundertste Wiederkehr seines Gründungstages. In der Festsitzung, die der Verein unter Beteiligung vieler Vertreter von Behörden, Anstalten und Vereinen abhielt, erwähnte der Festredner, Geheimer Admiralitätsrat a. D. Dr. Felisch, daß selbst heute uns noch manches Problem beschäftigt, das bereits den Gründern des Vereins vorschwebte. Für die Stadt Berlin sprach Stadträtin Genossin Weyl. Stadtverordnete Genossin Todenhagen, die den Verwaltungsausschuß der Gefangenenfürsorge vertrat, hob hervor, wie sehr die Asozialität (Verachtung der Proleten) der Gesellschaft für Gesetzesverletzungen verantwortlich zu machen ist."

(„Vorwärts", Nr. 538.)

•

**Analyse:**

Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind riesig gewachsen. Wir haben die Republik. Die Löhne sind seit 1913 um 50 Prozent gesunken. Kinderreiche Arbeiterfamilien hausen in einem Raum — Kranke und Gesunde zusammen in denselben Betten — der für ein paar Schweine gesundheitsschädlich wäre; zum Lebensunterhalt verdienen große Familien bei Tag- und Nachtarbeit weniger, als für einen Menschen nötig wäre. Ganze Arbeiterschichten sind krank, große Massen arbeitslos. Sie werden obdachlos, Staat, Gewerkschaften und Sozialdemokratie betteln für sie. Das Obdachlosenasyl gewährt, wegen Platzmangel, nur für wenige Tage Unterkunft. Die Elenden werden hinausgeworfen. Sie vergehen sich gegen die bürgerliche „Ordnung". Man sperrt sie ein und bettelt für sie — und gründet Vereine zur „Besserung" der Strafgefangenen. Seit hundert Jahren hat sich nichts geändert im Proletarierlos. Die sozialdemokratischen Stadträte feiern das hundertjährige Elend und das ist nach Ansicht der Noskepartei der „Volksstaat", den das Proletariat schützen soll, „Alle Gewalt geht vom Volke aus". Ganz ungewollt bringt der „Vorwärts" die Sysiphusarbeit der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie dialektisch zum Ausdruck. Man braucht nur Ordnung hineinzubringen. Vermöchten die Arbeiter in ihr Gehirn diese Ordnung zu bringen, so müßten schon diese paar Notizen genügen, um Sozialdemokratie und Gewerkschaften hinwegzufegen. — Nach der Methode der Heilsarmee erhalten sie sich das Elend, um von ihm zu leben.

# Rettet die „KAZ"

## An alle Genossen und Leser der „KAZ"

Die „KAZ." befindet sich in den größten finanziellen Schwierigkeiten. Alle dringenden Ermahnungen einer pünktlichen Abrechnung waren bei einem nicht geringen Teil der Leserschaft in die Winde gesprochen. Die Genossen können sich schlecht vorstellen, in welchem ungeheuren Dilemma unsere Zeitung sich seit einiger Zeit befindet. Die „KAZ." erscheint ja immer zweimal in der Woche! Vielleicht verstehen die Leser, welche große Verantwortung auf jedem einzelnen lastet, ob die nächste Nummer noch erscheint oder nicht — wenn sie jetzt erfahren, daß schon vor 4 Wochen das Erscheinen hätte eingestellt werden müssen, wenn nicht die Druckerei gewechselt worden wäre. Die Schwierigkeiten häufen sich jetzt bereits wieder so enorm, daß das drohende Gespenst des Nichtmehrerscheinens der „KAZ." in allernächster Nähe gerückt ist.

Die mangelhafte Abrechnung, die besonders im Reich eingerissen ist, darf nicht eine Minute länger andauern, wir wären keine Revolutionäre, sondern erbärmliche Waschlappen, wenn wir es nicht fertig bringen, die Zeitungen spätestens nach 14 Tagen abzurechnen. Wenn wir das nicht einmal können, ist alles andere leeres Gerede. Genosse, warum kannst Du das nicht? Muß man Dich erst kniefällig bitten, Deinen selbstverständlichen Pflichten nachzukommen? Hast Du schon diejenigen zur Rechenschaft gezogen, die an der verantwortungslosen Schlamperei schuldig sind?

Wir werden in Zukunft diejenigen Ortsgruppen öffentlich an den Pranger stellen, die mehr als vier Nummern rückständig sind! Wenn das nichts hilft, müssen wir die Belieferung einstellen.

Zu der mangelhaften Abrechnung kommt die Portoerhöhung mit dem Notbehelf des Postzeitungsamts mit seinen Licht- und Schattenseiten. Ein übriges tun verbrecherische Subjekte, die unter der Marke einer „KAP.-Opposition" aus sehr dunklen Motiven eine öffentliche Propaganda zum Boykott der „KAZ." betreiben.

Aber wir werden den Mut nicht sinken lassen, wir haben bisher einer Welt von Feinden getrotzt, allen konterrevolutionären Mächten zum Trotz. Wir werden dieser heulenden Meute nicht das Vergnügen gönnen, uns müde und kraftlos vom Strudel der Weltgeschichte verschlingen zu lassen. Stark müssen wir sein — und hart wie Stahl, unsere organisierte und konzentrierte Kraft müssen wir vertausendfachen. Unsere Presse muß zur zerschmetternden Keule werden, die die schwankenden Gemäuer des Reformismus niederreißt.

Hammer werden — nicht Amboß sein, heißt es für das Proletariat und erst recht für uns, seine revolutionäre Vorhut! Keine Schwierigkeit darf zu groß, kein Opfer zu schwer sein.

Das erste ist, die „KAZ." darf nicht untergehen. Sie muß eindringen in die Hirne der Arbeiter. Dafür alle Kraft eingesetzt. Wir appellieren heute an jeden Genossen:

Zeichne heute, sofort, nach Kräften für den Pressefond, damit morgen die „KAZ." erscheinen kann und wir alle im ganzen Reich eine große Werbekampagne machen können!

Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe!

**Berliner Arbeitsausschuß.**
**Geschäftsführender Hauptausschuß der KAPD.**

## Aus der Internationale

### Brief aus Österreich

**Jubiläumsklänge.**

Wien, 25. November 1927.

Trotzki und Sinowjew am Leben bedroht, Kerker und Kugel, Schlußmachen um jeden Preis — diese melodischesten aller Jubiläumsklänge klingen wieder einmal durch die Spalten der Weltpresse, undd er Weltspießer findet die Antwort darauf: Das ist der rote Terror! Sogar gegen die eigenen Leute! — Nein! Das ist der weiße Terror!

Stalin hat, ohne es zu wollen und ohne es zu ahnen, eine geniale These aufgestellt, als er die Opposition Trotzkis eine sozialdemokratische Abweichung nannte. In der Tat ist diese Opposition eine Art von sozialdemokratischer Bewegung in Rußland, eine Art von Reformismus, ein Versuch, die Interessen der Arbeiter zu vertreten auf dem Boden der bestehenden Ordnung, unter der Fahne der bestehenden Illusionen. Nichts liegt diesen Oppositionellen ferner, als der Arbeiterschaft die ganze Wahrheit zu sagen, vor der sie ja selbst einen Schauder empfinden, der Arbeiterschaft zu sagen, was für ein Unterschied zwischen einer Agrarrevolution und einer proletarischen Diktatur besteht, zwischen dem Aufbau des Kapitalismus und dem des Kommunismus, zwischen „Sowjetrußland" und einem Arbeiterstaat! Und diese Oppositionellen sind mitschuldig an der gräßlichen Roßtäuscherei, ein reaktionäres Agrarland für einen proletarischen Staat auszugeben und dadurch den Kommunismus selbst und die kommunistische Lehre zu diskreditieren. Sie sind mitschuldig an dem gigantischesten Humbug der Geschichte, denn sie stehen grundsätzlich auf dem Boden dieses Humbugs, auf dem Boden der „proletarischen" Ordnung und versuchen nur, innerhalb dieser Ordnung für die Arbeiterschaft etwas „herauszuholen". Sie sind also in der Tat Sozialdemokraten und Stalin hat nur vergessen, hinzuzufügen, was er und seine Leute sind: Sie sind die Bürgerlichen. — Wenn aber selbst die Führer dieses Sozialdemokratismus in Rußland ihres Lebens nicht sicher sind, so kann man sich einen Begriff davon machen, wie es den wahrhaft revolutionären Proletariern in dem „Arbeiterstaat" ergehen mag, wenn sie den verzweifelten Versuch machen, dieses ganze Truggespinst zu zerreißen.

Da kommen nun die Dummen und fragen: Ja, soll man denn dem Arbeiter das alles sagen? Als ob es darauf ankäme, was „man" dem Arbeiter „sagt". In der ganzen Welt sagt sich heute der Arbeiter: Jetzt besteht dieses „Sowjet"-rußland schon zehn Jahre und es geht den Proletariern noch immer nicht besser, weder in Rußland noch anderswo. Der Kommunismus ist also doch eine Utopie! — Die kommunistische Lehre ist es, der Kommunismus ist es, auf deren Kosten dieser Schwindel, der da ausgeheckt wurde, geht. Worauf soll man denn noch warten mit der Aufklärung über „Sowjet"rußland? Soll man vielleicht warten, bis der Bolschewismus auch formell liquidiert sein wird? Sind sich die Rußlandfreunde im klaren darüber, daß ein derartiges Ereignis die Lebensdauer des Reformismus in Europa und der bürgerlichen Ordnung überhaupt um Jahrzehnte verlängern kann? Alle Jubiläumsgesänge können es nicht übertönen, daß Rußland zu einem furchtbaren Gefahrenherd für das Weltproletariat geworden ist, zu einer Brutstätte lebensgefährlicher Illusionen, zu einer Blamage für die proletarische Diktatur und zu einer Knute für die Weltrevolution! Der Kadaver des russischen Bolschewismus ist in Auflösung begriffen. Wenn er zu stinken anfängt, wird das Proletariat der ganzen Welt vergiftet.

„Sowjetrußland" ist die furchtbarste Belastung, welcher die Idee der proletarischen Diktatur und des Kommunismus überhaupt jemals ausgesetzt war. Nur durch die rascheste, rücksichtslose Zerreißung des bolschewistischen Nebels kann diese Belastung noch abgeworfen werden! W.

•

### Ein kleiner Krach in der KPÖ

Auch die glorreiche KPOe. hat nun ihre linken Opfer geschluckt. In einer kommunistischen Parteiarbeiterkonferenz, welche die Aufgabe hatte, in Unkenntnis der Trotzkischen Plattform eine Resolution gegen dieselbe anzunehmen, versuchte ich als Diskussionsredner, die russische Frage von einem gänzlich unreligiösen, marxistischen Standpunkt aus zu behandeln, was in Oesterreich noch nie versucht worden ist. Unter dem rasenden Brüllen der Unterbonzen, die man noch nie so lebendig gesehen hat, setzte ich auseinander, daß man die russische Revolution ungeachtet ihrer schönen proletarischen Parolen in ihrem Endergebnis als eine bürgerliche ansehen muß, daß sich die Stellung des Lohnarbeiters in der Gesellschaft nicht verändert hat, daß die Proletarier genau so ausgebeutet werden wie . . . „Oba mit eahm! Haut's eahm! Hokenkreizler!" Blau-rote Fäuste fuhren in die Luft, furchtbarer, nicht zu beschwichtigender Lärm, ich mußte abtreten. Die Bonzen hatten fast gar nichts zu tun, die bis in ihre Instinkte dressierte Anhängerschaft schloß mich förmlich physisch aus der Partei aus. Jetzt haben sie so viele Jahre gebraucht, um sich das Alte einzudrillen, und auf einmal sollen sie wieder etwas ganz neues lernen! Und dann ist es natürlich auch angenehmer, zu glauben, daß ein mächtiger proletarischer Staat hinter der internationalen Arbeiterschaft steht und sie vorwärtstreibt, als zu wissen, daß das Gegenteil der Fall ist. — Natürlich gibt es trotzdem auch in dieser Zwischenpartei schon viele Linke und mehr vielleicht noch außerhalb der Partei. Der Anfang ist jedenfalls gemacht, trotz der Pogromstimmung gegen uns. W.

### Brief aus Finnland

Helsingfors, den 24. November 1927.

Wo herrscht heute in der Welt keine Reaktion? Aber hier hat sie sich eine Position geschaffen, die dem Mussolinischen Italien oder Ungarn würdig an die Seite gestellt werden kann. Zugleich hat sich hier, wie kaum in einem andern Lande, Parlamentarismus und Reformismus in seiner ganzen Ohnmacht gezeigt.

An Arbeiterparteien hat Finnland eigentlich nur die Sozialdemokratie. Sie bildet zurzeit die Regierung. Die Kommunistische Partei ist verboten. Nur wenn Wahlen sind, bilden die Anhänger der 3. Internationale lose Wahlverbände, um ins Schattenparlament zu gelangen. Eine sehr kleine Zahl treibt illegal Propaganda.

Finnland hat eine „Arbeiterregierung". Aber keine Presse, keine Redefreiheit. Man braucht auch nicht den Schein zu wahren, etwa wie in der „freiesten Republik der Welt", Deutschland. Vor mehreren Wochen erst verhaftete man wieder einige Kommunisten, darunter auch Frauen, deren Verbrechen in politischer Propaganda unter Heeresangehörigen bestand. Dennoch klammert sich die Sozialdemokratie an die Regierung und die illegalen Kommunisten an ihr Parlament.

Welches sind die Resultate? Da schuf man z. B. ein Gesetz, das den Alkohol verbietet. Seitdem ist der Alkohol zwar nicht weniger, aber teurer geworden. An der Küste gegenüber Estland lebt die Fischerei fast nur noch vom Alkoholschmuggel, der Fischfang ist nur willkommene Kulisse geblieben. Das Hauptkontingent der Schmuggelware kommt auch aus Estland, ein kleinerer Teil aus Deutschland. Im nördlichen Finnland, wohin Transportkosten geschmuggelte Spirituosen unbezahlbar machen würden, besorgen die Aerzte und Geheimbrennereien das. Es gibt nämlich Alkohol auf Attest, als Medizin für Mensch und Vieh. Die Folge ist, daß es kaum noch gesunde Kühe gibt. Eine Aerztin sagte unter anderem, seitdem das Verbot da ist, sind die Apotheken Destillen. Vergebens nehmen die Apotheker dagegen Stellung, fast die gesamte Aerzteschaft verdient so reichlich durch die Rezepte, daß sie keine Aenderung der Regelung will.

Es besteht zwar eine Verordnung, daß, wenn dem Apotheker das Quantum zu hoch und unangemessen erscheint, er Einspruch erheben kann, und eine Prüfung vorgenommen werden muß. Diese Verordnung ist Papier. Ein Apotheker, dem ein Bauer für seine kranken Kühe eine Rezept über vier Liter vorlegte, verweigerte dies Quantum, gab ihm nur zwei Liter, und das Rezept dem Arzt zurück. Dieser, der seine „Provision" für vier Liter erhalten hatte, gab sich nicht zufrieden, die Sache ging in die Oeffentlichkeit; Resultat: Arzt und Bauer bekamen Recht, der Apotheker einen Verweis. Denn die „höheren" Instanzen kennen auch den Wert des Alkohols. Unter solchen Umständen müssen sich die Apotheker wohl oder übel mit ihrem „Ausschank" abfinden. Entsprechend der Illegalität des Konsums sind die Preise, einerseits für die Rezepte, andererseits für Schmuggel-Sprit. Unter 100 Finnenmark (ca. 10,5 deutsche Mark) ist die Flasche schlechtesten Branntweins nicht zu haben. Die Verkaufsstellen sind offene Geheimnisse.

So halten heute Aerzte, Fischer, die oberen Polizeiorgane, die bei der „Ueberwachung" verdienen, gemeinsam mit der Sozialdemokratie, die Vater des Gesetzes ist, am Alkoholverbot fest. Ein Beweis mehr dafür, daß es Illusion ist, am Kapitalismus reformieren zu wollen. Er ist eben Profit- und Korruptionssystem, der sich alles nutzbar macht.

Trotz ihrer absoluten Einflußlosigkeit bleibt die Sozialdemokratie treu in der Regierung und deckt so das verbrecherische Wüten der Konterrevolution.

Politisch gelangt Finnland mehr und mehr unter englischen Einfluß. Das hat seine Ursache zum Teil in der Feindschaft zu Rußland. Man kann sagen, an der finnischen Ostgrenze hört Europa auf, hermetisch ist sie abgeschlossen. Wer z. B. ostwärts von Wiburg will, das noch rund 100 km von der Grenzstation Rajajoki an der Eisenbahnlinie nach Leningrad liegt, der muß eine besondere polizeiliche Erlaubnis haben, auch wenn er Finne ist, nördlich vom Ladogasee darf man ohne diese polizeiliche Bescheinigung nicht näher als 25 km an die russische Grenze heran. Auch die Russen sind sehr scharf in der Abschnürung ihrerseits.

Diese Gemeinsamkeit in der Russenantipathie wird ergänzt in dem Vordringen des englischen Kapitals in der Form von Krediten. Dementsprechend macht sich der englische Handel und die Sprache geltender, während bisher als fremde Sprache das Deutsche im Vordergrund stand, und auch die Freundschaft für Deutschland u. a. für die 1918 gewährte Hilfe gegen die finnische Revolution recht stark war. Das wird nun zugunsten Englands etwas verschoben.

Im Westen Finnlands leben noch etwa 500 000 Bewohner schwedischer Abstammung. Ihre Muttersprache ist schwedisch, ebenfalls ihre Schulen, und so hat man hier zwei Amtssprachen. Diese schwedische Minderheit ist politisch stockreaktionäre. Zurzeit bildet sie aber — ein parlamentarisches Kuriosum — die Stütze für die finnische sozialistische Minderheitsregierung Tanner.

## Erinnerungen an Lenin

Im Novemberheft der sozialdemokratischen Monatsschrift „Die Gesellschaft" bringt Alexander Potressow einen längeren Artikel über Lenin, dem wir hier einiges entnehmen wollen. Potressow ist Menschewist. Seine politische Beurteilung des Bolschewismus entspringt anderen Quellen als die Kritik des revolutionären Proletariats. Soweit aber der Verfasser versuchen will, ein menschliches Bild von dem Führer des Bolschewismus zu geben, soweit er dazu beitragen will, die von der Moskauer Internationale noch zu seinen Lebzeiten schon förmlich gezüchtigte Lenin-Legende beiseite zu schieben, wird solche Darstellung umsomehr interessieren, als bisher biographisches Material über Lenin nur von bolschewistischer Seite vorliegt.

Potressow sagt selbst, daß eine solche Aufgabe dem Toben der politischen Leidenschaften nur schwer entrinnen kann, weil der Abstand von Lenins Leben noch zu kurz ist, weil sein Wirken noch zu sehr im Vordergrund aller proletarischen Streitfragen steht und der Verfasser offen bekennt, daß er zu den Gegnern Lenins gehört. —

„Ich spreche vom „jungen Lenin" und stocke unwillkürlich. Gewiß, er war eben 25 Jahre geworden, als ich ihm zum ersten Male während der Weihnachtsferien 1894-95 in einer Versammlung in einem Petersburger Vorort — im Ochta-Viertel — begegnete. Lenin war aber jung nur dem Geburtsschein nach. Man hätte ihn äußerlich für einen mindestens 35 bis 40-jährigen halten mögen. Das Gesicht verwelkt, der Kopf fast kahl, ein dünner, rötlicher Bart, Augen, die einen schlau und etwas zugekniffen von der Seite anblickten, eine unjugendliche rauhe Stimme. Ein typischer Händler aus irgend einem nordrussischen Gouvernement, — nichts verriet jedenfalls in Lenin einen „radikalen" Intellektuellen, wie ihrer soviele in jenen Jahren zu den Arbeitern kamen, die sich eben zu rühren begannen. Nichts aber auch von der Beamten- und Adelsfamilie, der Lenin entstammte und mit der er, so wie ich weiß, verwandtschaftliche Beziehungen aufrecht erhielt.

An dem jungen Lenin gab es nichts „Junges". Nicht mir allein — jedem, der ihn damals kannte, fiel das auf. Nicht umsonst nannte man Lenin in dem damaligen „Petersburger Kampfverband", dieser Urzelle der künftigen Partei, den „Alten", und mehr denn einmal sprachen wir scherzend davon, daß Lenin auch als Kind ebenso kahlköpfig und „alt" gewesen sein müsse, wie er uns damals im Jahre 1895 erschien." — Potressow fragt, ob nur das Schicksal von Lenins Bruder Alexander, der auf Grund des Todesurteils im Prozeß der Attentäter vom 1. März 1887 gehenkt worden ist, das das Dahinschwinden der Jugend Lenins verursacht hatte, oder ob nicht noch andere innere Triebkräfte seiner geistigen und seelischen Konstitution daran beteiligt gewesen waren. Er bejaht dieses und versucht jetzt den ersten Eindruck von Lenins Auftreten wiederzugeben."

„In der fraglichen Versammlung sprach Lenin über die politischen Neuerscheinungen des Tages, die ersten in Rußland legal gedruckten und verbreiteten marxistischen Schriften: wenige Monate vorher waren Peter von Struwes „kritische" Notizen erschienen und kaum einige Tage zuvor war es mir geglückt, Plechanows unter dem Pseudonym Beltow erschienenes Buch: „Zur Frage der Entwicklung der monistischen Auffassung der Geschichte" herauszubringen, daß einen gewaltigen entscheidenden Anstoß zum Vordringen des Marxismus in Rußland gegeben hat. Nach einigen anerkennenden Worten über das Buch von Plechanow richtete Lenin mit umso größerer Energie und der ihm eigenen Angriffskraft die Waffe der Kritik gegen Struwe." Potressow gibt der Kritik Lenins an dem damaligen Marxisten und heutigen Wortführer der Reaktion Struwe nur teilweise Recht. Lenin hätte die reformistischen Tendenzen vortrefflich klargelegt, aber dennoch schimmerte schon damals durch seine marxistische Ausdrucksweise jene traditionelle Auffassung hindurch, die in der sich entwickelnden kapitalistischen Gesellschaft eine reaktionäre Masse sieht. Damals sei Lenin schon als Sektierer beurteilt worden — dies sagen heute die Leninisten über die KAP. — Aber immerhin war Potressow mit Plechanow und Axelrod optimistisch genug um zu glauben, daß die ernste marxistische Schulung und die bezwingende Logik bei Lenin doch den Sieg davontragen würde.

„Im Jahre 1895 ging Lenin zum erstenmal nach dem Ausland und ich hatte die seltene Gelegenheit sowohl Lenin unter dem unmittelbaren Eindruck seiner ersten Begegnung mit Plechanow zu sehen als auch mit Plechanow zusammen zu sein zu jener Zeit, wo er Lenin näher kennen zu lernen versuchte und zu mir über seine ersten Beobachtungen sprach. . . . Lenin lauschte in jenen Tagen mit Begeisterung den musterhaften Schilderungen Plechanows aus der revolutionären Vergangenheit der Siebziger Jahre, ja er zeigte sich sogar, so sonderbar uns das heute anmutet, verschüchtert im Angesicht der theoretischen Größe des Altmeisters des russischen Marxismus, sobald Plechanow entsprechende Themen berührte, so blickte andererseits, auch Plechanow nicht ohne warme Sympathie auf den befähigten Praktiker der Revolution. . . . So hoch aber Plechanow die Rolle des Praktikers Lenin in dem künftigen Aufstieg der russischen Sozialdemokratie auch einschätzte, so zurückhaltend äußerte er sich über die literarische Begabung Lenins. . . . Der sonst so strenge und allen Abweichungen von den Gedankengängen des orthodoxen Marxismus gegenüber unduldsame Plechanow zeigte in diesem Fall eine ihm sonst gar nicht eigene Toleranz gerade deswegen, weil er die Bedeutung des für ihn neuen Menschen gar nicht in der Ebene der Ideen, sondern in seiner Aktionskraft und Begabung als Parteiorganisator zu sehen glaubte. . . .

„Man muß sich dessen bewußt sein, daß die russische Arbeiterbewegung zu jener Zeit kaum die ersten Gehversuche machte und daß die Aufgaben der sozialdemokratischen Grüppchen all dieser „Kampfverbände" jener Epoche sich auf die Führung von Streiks und das Bestreben beschränkte, die Aufmerksamkeit des Proletariats in seinem Kampf nicht nur auf seinen unmittelbaren Gegner, den Unternehmer, sondern auch auf den Freund und Protektor des Unternehmers, die absolutistische Regierung, zu lenken. . . . Diese nach dem heutigen Maßstabe elementare agitatorisch-propagandistische Funktion übte Lenin mit großer Kunst aus und das Wahrzeichen seiner fieberhaften Arbeit in jener Periode bilden neben einem ganzen Stoß illegaler Aufrufe einige populäre Broschüren, in denen Spezialfragen der Arbeiterbewegung (z. B. die Frage der Geldstrafen im Betriebe) in einer seltenen volkstümlichen, auch dem Verständnis der ungeschultesten proletarischen Kreisen zugänglichen Weise behandelt wurden. Und es ist nur natürlich, daß für uns, die wir in denselben sozialdemokratischen Gruppen tätig waren und mit dieser Tätigkeit Lenins auf diese oder jene Art in Berührung kamen, die sektiererischen Züge seines Wesens, die in dem erwähnten Referat aufgetaucht waren, in den Hintergrund gedrängt wurden und als etwas Belangloses oder im Vergleich zu den aktuellen Anforderungen der Bewegung, denen Lenin in so vortrefflicher Weise genügte, Ueberholtes erscheinen mußte."

Potressow schildert jetzt die Periode seiner gemeinsamen Arbeit mit Lenin, an der auch Martow beteiligt war und die ein illegales literarisches Zentrum der russischen Bewegung schaffen sollte. Er geht auf die ersten Differenzen mit ihm ein. „Wir stritten aus einzelnen speziellen Anlässen und konnten den allgemeineren Sinn der Meinungsverschiedenheiten, der diesen Auseinandersetzungen zugrunde lag, noch nicht übersehen. Lenin hätte zwar noch nicht eine fertige Ideologie besessen, wäre aber auch in der „Iskra"-Periode nicht mehr der gewesen, den sie aus den Jahren „des prähistorischen" Marxismus gekannt hätten. „Sein ursprüngliches Sektierertum, das mich schon bei meiner ersten Begegnung mit ihm so unangenehm berührt hatte, war zu Beginn unserer gemeinsamen Arbeit an der Iskra nicht nur nicht verschwunden, es hätte weitere Fortschritte gemacht, und war für uns, Lenins Redaktionskollegen in einer viel konkreteren Gestalt als früher, nur sehr schwer erträglich. Dabei muß gesagt werden, daß wir alle — sowohl Martow als auch Vera Sassulitsch und ich — Lenin nicht nur wegen seiner Kenntnisse, seiner Klugheit und seiner Arbeitskraft ungemein hoch schätzten, sondern auch wegen seiner außergewöhnlichen Hingabe an die Sache und seiner steten Bereitschaft, sich ihr ganz zu widmen und sich bis zum Ueberdruß mit den undenkbarsten Aufgaben zu belasten, die er auch unermüdlich gewissenhaft erfüllte.

Trotzdem war die Atmosphäre des Zusammenseins mit Lenin von vornherein dadurch vergiftet, daß Lenin im Grunde genommen Meinungen, die von den seinigen abwichen, organisch nicht vertrug und daß infolgedessen jede redaktionelle Auseinandersetzung die Tendenz hatte, in einen Konflikt auszuarten mit akuter Verschärfung der persönlichen Beziehungen, der Eröffnung von Kriegsmaßnahmen mit strategischen Winkelzügen und unglaublichen Bemühungen den eigenen Ansichten die Oberhand zu verschaffen, koste es was es wolle.

Noch weniger war Lenin imstande, neben seiner eigenen Organisation irgendwelche andere zu dulden, sei es im Rahmen der Sozialdemokratie, sei es außerhalb ihrer im Rahmen der ganzen gegen den Absolutismus gerichteten revolutionären Bewegung — allenthalben kannte Lenin nur zwei Kategorien von Menschen und Erscheinungen: die eigenen und fremden; die eigenen, die auf diese oder jene Weise seiner Organisation unterlagen und die fremden, die dieser Wirkungssphäre nicht angehörten und schon kraft dieser Tatsache allein von ihm als Feinde behandelt wurden. Zwischen diesen polaren Gegensätzen dem Genossen als Freund und dem Andersdenkenden als Feind, existierte für Lenin die ganze dazwischen liegende Stufenleiter sozialer und individuell-menschlicher Wechselbeziehungen überhaupt nicht.

Gerade in den Jahren der Iskra gab Lenin die theoretische Begründung jener Auffassung der revolutionären Bewegung und der Revolution, der zufolge die Massen lediglich gefügige Werkzeuge in der Hand einer Gruppe von Revolutionären sind, der bewußten Minorität, die die Wahrheit gepachtet hat und man muß auch hinzufügen, daß keiner in dem Maße befähigt war, die Mission eines allmächtigen Hauptes einer solchen diktatorischen Gruppe zu erfüllen wie eben Lenin. Denn keiner konnte mit seinen Plänen so ansteckend wirken, keiner konnte mit seinem Willen so imponieren, andere seiner Individualität unterwerfen wie dieser auf den ersten Blick unscheinbare und etwas ungehobelte Mensch, der äußerlich nichts hatte, wodurch er hätte anziehend wirken können.

Lenin war, darüber braucht man nicht viel zu sagen, ein vorzüglicher Organisator, aber ein Organisator in seiner besonderen Manier. Er vermochte tätige, fähige, energisch und gleich ihm willensbegabte Menschen um sich zu scharen, Menschen, deren Glauben an ihn grenzenlos war und die ihm ohne Widerrede gehorchten, aber doch Menschen ohne eine selbständige Individualität, ohne die Fähigkeit und den Entschluß, eine eigene, von der Lenins abweichende Meinung zu haben, geschweige denn, diese besondere eigene Meinung gegen Lenin zu behaupten. Die in jeder organisierten Partei natürliche und berechtigte Disziplin verwandelte sich hier in eine halb militärische und es wurden nicht Kaders von sozialdemokratischen Funktionären einer Massenbewegung herangebildet, sondern ein Befehlshaberkorps, das seinen Willen der gefügigen Masse vorschreibt.

Gewiß kamen alle diese Züge nicht auf einmal in vollendeter Gestalt an den Tag und um so weniger konnte ihr Sinn mit einem Schlage klar werden, aber auch schon damals in jenen jetzt so fern anmutenden Jahren der „Iskra" habe ich mich, als ich der Heranzüchtung solcher Agenten und dem vorbereitenden Training zusah, nicht wohlgefühlt und unsere unangenehmen Empfindungen steigerten sich, als wir uns davon überzeugen mußten, daß Lenin „Fremden" gegenüber streng bis aufs äußerste sofort bereit war, die „Seinen", die ihm nötigen „Agenten" mit aller der ihm eigenen Hartnäckigkeit zu decken und ihr persönliches Verhalten, ihre mangelhafte moralische Integrität (Reinheit des Charakters) zu übersehen, wenn sie ihn nur in ihrer Eigenschaft als „Berufsrevolutionäre" zufriedenstellten. Alle derartigen Anklagen, und wenn es selbst um den Tod eines Menschen ging, waren für Lenin nur lästige Hindernisse auf dem Wege der politischen Erfolge und als Hindernisse waren sie einfach beiseite zu schieben.

Im Privatleben ein bescheidenes, anspruchsloses und tugendhaftes Familienwesen, das in der gemütigsten Weise den des Komischen nicht entbehrenden Alltagskampfes mit der Schwiegermutter führte — (sie war der einzige Mensch aus Lenins nächster Umgebung, der sich gegen ihn zur Wehr setzte und die eigene Persönlichkeit behauptete) — war Lenin der konsequenteste Anhänger dieses machiavellistischen Rezeptes der Politik, das er auf das Kunstvollste zur Grundlage der Tätigkeit jenes ganzen Teiles der Partei zu machen versucht hatte, der ihm in der Folgezeit Gefolgschaft leistete, um sich später aus einem sozialdemokratischen Funktionärkörper in die kommunistische Bureaukratie der Sowjetdespotie und die Abenteurergarde der Komintern zu verwandeln.

---

Alle Literatur besorgt unsere Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Alle Bestellungen sind nur an diese zu richten. Unsere Buchhandlung steht den Genossen in der Anschaffung von Büchern mit Rat und Auskünften jederzeit zur Verfügung, kostenlos, ohne Preisaufschlag.

Der Nationalismus in Finnland ist in ständigem Steigen begriffen. Dadurch ist auch das Zwei-Sprachensystem durchaus nicht mehr so fest verankert. Nur die Sozialdemokratie tritt für die Beibehaltung der beiden Sprachen als obligatorische ein. (bisher erscheinen Bekanntmachungen, die Fahrpläne, in schwedisch und finnisch, alle öffentlichen Behörden bedienen sich beider, die Straßen in Helsingfors sind doppelt benannt, etc.) Darum leiht die reaktionäre schwedische Rechte den finnischen Sozialdemokraten ihre Unterstützung. Es ist dieselbe Rechte, die, ähnlich wie die deutschen Baltikumer, 1918 die Freiwilligenbrigade aus Schweden selbst organisierte, die aktive Kampftruppe gegen die finnische Revolution war und diese in der Hauptsache mit niederschlug. Tausende finnischer Sozialisten und Kommunisten sind von ihnen während der Freiheitskämpfe des finnischen Proletariats ermordet. Heute bedient sich die Sozialdemokratie des Beistandes der Mörder ihrer eigenen Partei und ihrer eigenen Genossen.

Die Lebensverhältnisse sind gegenüber dem andern Skandinavien viel schlechter. Die Löhne viel niedriger. Auch Arbeitslosigkeit ist vorhanden, allerdings nicht in so hohem Prozentsatz als in den Industrieländern.

Durch die Agrarreform schuf man eine sehr starke Bauernschaft, sie ist ein starkes Gegengewicht zum Industrieproletariat und reaktionärer Faktor.

Das finnische Proletariat hat, wie kaum ein anderes, blutigste Verfolgungen erduldet. Es ist erschöpft. Dies, als auch der starke ideelle Einfluß des gewerkschaftlichen Skandinaviens und das Verhältnis des Bauerntums haben einer Bewegung im Sinne der KAP. oder einer antiparlamentarischen nicht Fuß fassen lassen. Ein organisatorisches Eindringen ist dort zurzeit so unmöglich, wie im Mussolinien. Ideell ist der Boden für die revolutionäre Arbeiterbewegung hier viel, viel günstiger als in den skandinavischen Ländern.

Das Proletariat der Industrieländer hat die Augen vieler revolutionärer Klassengenossen aus den kleineren und halbindustriellen Staaten auf sich gerichtet. Ihr Befreiungskampf ist ja nur in Gemeinschaft mit dem eines starken Industrieproletariats möglich, weil sie allein, rein quantitativ gesehen, zu schwach gegenüber dem internationalen Kapitalismus sind.

Das finnische Proletariat wird im internationalen Klassenkrieg mit zu dem kampfbereitesten gehören. Hat es doch alle Etappen beispielloser Unterdrückung durchgemacht und auch die Schatten des Parlamentarismus wie kaum ein anderes am eigenen Leibe verspürt.

## Arbeiterbewegung in Algier

Bis zur Besitzergreifung Algiers durch die französische Bourgeoisie im Jahre 1830 herrschten in den Städten dieser nordafrikanischen Provinz das Gewerbe und das Wucherkapital vor. Algier ist hauptsächlich ein Agrarland. Die vorherrschende Form des Landbesitzes war die des Kollektivbesitzes, wobei nur der geringere Teil des Grund und Bodens den Großgrundbesitzern (Paschas, Agas usw.) gehörte, die sich meist darauf beschränkten, von den Pächtern ihrer Ländereien einen bestimmten Teil der Ernte zu erheben. Mit der Zeit erfuhr jedoch diese Lage eine einschneidende Aenderung. Die Franzosen enteigneten die Landbevölkerung. Ein französischer Großgrundbesitz im fremden Land entstand. Die enteigneten Eingeborenen verwandelten sich in Lohnarbeiter, in Knechte und sogar Sklaven.

Gemäß den amtlichen statistischen Ausweisen für 1918 betrug die Zahl der Landarbeiter Algiers 668 518. Angaben jüngeren Datums liegen nicht vor, jedoch ist anzunehmen, daß ihre Zahl inzwischen bedeutend gewachsen ist. Unter den europäischen Landarbeitern gibt es 32 161 Franzosen, die unmittelbar aus Frankreich eingewandert oder von französischen Eltern in Algier geboren sind. Die europäischen Arbeiter trachten danach, gestützt auf das System der imperialistischen Kolonisierung, sich in kleine Eigentümer zu verwandeln; außerdem werden viele von ihnen als gelernte Landarbeiter beschäftigt. Was jedoch die Massen der einheimischen Mohamedaner anlangt, so nehmen sie bei den großen und mittleren, sowohl europäischen als auch einheimischen Ausbeutern die Stelle echter Sklaven ein. Die einheimischen Jungarbeiter bilden unter den Landarbeitern eine ansehnliche Größe.

Die Landarbeiterlöhne sind sehr niedrig. 1923 verdienten die einheimischen Arbeiter 5 bis 6 Francs täglich, die europäischen dagegen 9 bis 12 Francs. 1924 betrug der Tagelohn eines Einheimischen 6 bis 8 Franken, der eines Europäers 10 bis 15 Franken. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß die europäischen Arbeiter doppelt soviel verdienen wie die einheimischen mohamedanischen Arbeiter. Jugendliche Arbeiter verdienen 2 bis 3 Franken täglich. Außerdem sind 40- bis 50 000 Saisonarbeiter aus der Sahara oder aus dem Rifgebiet zu berücksichtigen, die 3 Franken pro Tag in bar oder Naturalien erhalten. Ihre Arbeitszeit dauert 12, 14 oder 16 Stunden täglich. In zahlreichen Wirtschaften, ganz besonders jedoch auf den großen Gütern, die von französischen kapitalistischen Gesellschaften ausgebeutet werden, sind die Landarbeiter in großen Parteien zu 100 bis 400 Mann untergebracht, auf den Farmen zu 30 bis 70. Die einheimischen Arbeiter besitzen keine politischen Rechte, sie haben keine Möglichkeit, sich zu organisieren, müssen sich alles gefallen lassen, unentgeltliche Mehrarbeit leisten, auf sie hageln Geldstrafen nieder, häufig werden sie auch brutal mißhandelt. Dafür sichern sich aber die Ausbeuter auf diesem Wege vollkommen „befriedigende" Profite.

Die Enteignung der Eingeborenen von Grund und Boden, führte nicht nur zur Gründung eines Großgrundbesitzes und einer Armee von Landarbeitern, sie verschaffte auch der städtischen Industrie einen großen Teil der erforderlichen Arbeitskräfte. Im Jahre 1917 beschäftigten 716 Industriebetriebe 23 584 Arbeiter. In den Bergwerken und Steinbrüchen sind 13 721 Arbeiter beschäftigt. Die größten Bergwerke besitzen eine Belegschaft von 500 bis 600 Arbeitern. Im Baugewerbe sind ungefähr 6000 Personen beschäftigt, im Transport 5000, im graphischen Gewerbe 2500; außerdem sind vorhanden 7000 Handelsangestellte, 10 000 Dockarbeiter, viertausend Seeleute (Handelsflotte) und 2500 Bäcker. Im allgemeinen kann man die Zahl der industriellen und überhaupt der städtischen Arbeiter auf 80- bis 90 000 schätzen. Zusammen mit den Landarbeitern gibt es also in Algier 778 518 Proletarier. Nicht eingerechnet sind hierbei die Saisonarbeiter (Landarbeiter, Bergarbeiter, Dockarbeiter usw.) und die nach Frankreich eingewanderten Arbeiter (1915 bis 1919 waren es 75 864) abzüglich der Militärpflichtigen.

In seinem Kampfe gegen die Ausbeuter stößt das algerische Proletariat auf zahlreiche Hindernisse, die ihm der französische Imperialismus in den Weg stellt. Vor allem berauben die Gesetze, durch welche die rechtliche Lage der Einheimischen geregelt wird, dieser jedweder politischen Rechte. Den Einheimischen, d. h. der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung, ist es nicht gestattet, sich zu organisieren, sich zu vereinigen, Streiks zu führen. Mehr noch: Der Artikel 6 des Gesetzes zwingt sie zu Streikbrecherdiensten, da diejenigen strafrechtlich verfolgt werden, die sich weigern, „Arbeit zu verrichten oder bei Unglücksfällen, Unruhen oder andere Katastrophen, sowie im Fall eines Aufstandes, eines Raubmordes, eines Raubüberfalles im Moment der Regelung irgend eines Verbrechens oder bei der Durchführung von Gerichtsbeschlüssen Hilfe zu leisten." Derartiger Mittel bedient sich der französische Imperialismus, um 800 000 einheimische Proletarier zu knebeln.

In Algier genießt nur der französische Bürger politische Rechte. Unter den französischen Bürgern gibt es auch Arbeiter. Letztere sind zum Teil organisiert. Diesen europäischen Gewerkschaften in Algier gehören nur wenige einheimische Arbeiter an, die sich die französischen Bürgerrechte erworben haben; am häufigsten sind es Meister usw. Die Löhne der europäischen Arbeiter sind doppelt oder dreifach so hoch als die der Einheimischen. Da es sich bei ihnen meist um qualifizierte Facharbeiter handelt und sie in der Mehrzahl Anhänger des Reformismus sind, so überlassen ihnen die französischen Kapitalisten einen Bruchteil des den Einheimischen erpreßten Mehrprofites. Der Rassenhaß wird von der Bourgeoisie bewußt geschürt. Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich eine derartige Stimmung unter den reformistischen kleinbürgerlichen Elementen, die in den Kolonien leben, breit macht. Die von ihren vaterländischen Räubern gefütterten und durch die Amsterdamer Ideologie korrumpierten deklassierten europäischen Arbeiter bilden sich ein, wenn sie für 200 bis 500 Franken Aktien erworben haben, sie seien Besitzer kapitalistischer Unternehmungen. Offenbar ist die jahrzehnte, hierdurch betriebene zersetzende Propaganda unter den Arbeitern mit Hilfe der Presse, Literatur, des Klerikalismus und Amsterdamer Gewerkschaften, an den europäischen Arbeitern nicht spurlos vorbeigegangen; ihr Klassenbewußtsein ist vergiftet. Gegenwärtig steht dem revolutionären Proletariat die ungeheure Aufgabe bevor, die Rassenvorurteile auszurotten, die die mächtigste Waffe der Kapitalisten darstellen, und von den Gewerkschaften mit „wissenschaftlichen" Mitteln verteidigt werden.

Wie bereits erwähnt, haben nur die europäischen Arbeiter das Koalitionsrecht. Insgesamt gibt es etwa 15 000 organisierte Arbeiter, von denen nur 2 Prozent auf die Einheimischen entfallen. Bis zum Kongreß in Tours (1920) hatten sowohl die französische sozialistische Partei als auch die C. G. T. Abteilungen in Algier. Nach dem Kongreß in Tours, d. h. nach dem sich die Sozialisten von den Kommunisten getrennt hatten, schlossen sich 400 Mitglieder der sozialistischen Föderation in Algier zu einer kommunistischen Partei zusammen. Sie steht auf dem Boden der Moskauer Internationale und ist im Verhältnis zu den übrigen Sektionen sehr weit nach rechts eingestellt. Trotzdem ist es ihr gelungen, 10 Prozent der Eingeborenen zu organisieren. Die algerische kommunistische Föderation umfaßt zur Zeit ungefähr 1500 Mitglieder und gibt ein eigenes Organ („La Lutte Sociale") heraus, welches in französischer Sprache erscheint, da Zeitungen in der einheimischen Sprache verboten sind.

Die Gesamtbevölkerung Algiers beträgt 5 500 000, davon 600 000 Europäer. Die Bourgeoisie besteht aus einhundert tausend Großgrundbesitzern und 200 000 Kaufleuten, Industriellen und Handlangern dieser. Hierher gehört auch die einheimische Bourgeoisie, zusammen mit der jüdischen 90 000. An ihrer Spitze steht ein Häuflein Bankiers. Die Gesamtzahl der Industriearbeiter, Landarbeiter, Pächter, Kleinbauern und kleinen Farmer beträgt 3 480 000.

## Proletarisches Notizbuch

**Die Demokratie.** Bei einer faschistischen Demonstration in Frankfurt a. M. am 26. d. Mts. wurde ein RFB.-Kamerad durch Stahlhelmleute und Nationalsozialisten überfallen und erstochen.

**Der Bandwurm.** Auf einem Berliner Bezirksparteitag der KPD. wurde zum ??? Male die Opposition totgeschlagen, und trotzdem waren noch 14 Gegenstimmen vorhanden. Das zeigt, daß die Hartnäckigkeit dieser „Opposition" der eines Bandwurms gleichkommt.

**Marsch auf London.** In England begab sich eine Bergarbeiterdelegation in Stärke von 270 Mann von Süd-Wales nach London, um von der Regierung die Unterstützung der Forderungen der Bergarbeiter zu erbitten. Man hat sie natürlich gar nicht vorgelassen, worauf in einer Massenversammlung die Reformisten diese „Provakation" geißelten. — Die Ausbreitung solcher Illusionen wird auch in England noch viel Schmerzen bereiten.

**Die imperialistische Geheimdiplomatie** auf dem Balkan wirft ihre Schatten bereits drohend über die „pazifistischen" Demokratien. — Wir kommen in nächster Nummer darauf ausführlich zurück.

## Aus der Partei

### Halle

**Entschließung!**

Die Ortsgruppe Halle erklärt in ihrer heutigen Mitgliederversammlung, daß für sie die Beschlüsse der ZAS. bindend sind und daß die Disziplin zu den mit Mehrheit gefaßten Beschlüssen der Wirtschaftsbezirke für alle Genossen das grundlegende Fundament für die Parteidemokratie ist.

Ortsgruppe Halle der KAP.

## Aus dem Müllkasten

Die letzte Zentralausschußsitzung der KAPD. hat in ihrer übergroßen Mehrheit der sogenannten „Opposition" eine Antwort gegeben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. „Die Körperschaften" — dieser demagogische Trick — waren der übergroße Teil der Mitglieder, der es ablehnte mit einer „Körperschaft" von „Opposition" die Zeit zu vertrödeln, die sich selbst nicht ernst nimmt, und erst recht nicht von anderen ernst genommen werden kann. Die Antwort der „Opposition" ist eine eigene Zeitung, die nun die „Prinzipien" der „Opposition" offenbart. Wir gestehen, wir haben so etwas in der Arbeiterbewegung noch nicht erlebt. Die „Linie" der Opposition sieht so aus:

„Man muß sich klar werden darüber, heißt es in dem „prinzipiellen" Artikel, was es in der Konsequenz bedeutet, wenn die Pressekommission schreibt:

„Die Partei kann, ohne in Widerspruch zu ihrer antiparlamentarischen Einstellung zu kommen, die Frage der Mandatsniederlegung vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit stellen und lösen. Sie hat unter der gegebenen Situation zu prüfen, ob eine finanzielle Ausnützung des Mandats nützlicher wäre."

In der Tat bedeuten diese Sätze den Anfang zur Grundsteinlegung eines antiparlamentarischen Parlamentarismus der KAPD."

Ist es da nicht gut, daß eine „Opposition" da ist? Aber lesen wir, was diese „Opposition" in ihrem „vertraulichen" Rundschreiben noch vor ein paar Wochen schrieb. Dort heißt es, **daß auch für sie die Frage keine prinzipielle Frage sei, daß die Partei sie vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit lösen kann**, und daß die Annahme der Diäten eines Parlamentariers von Seiten der Partei

**„an sich nicht gegen die prinzipielle antiparlamentarische Einstellung der Partei verstößt."**

Wir stellen fest: Diese „Opposition" beginnt nachträglich damit, „Prinzipien" zusammenzusuchen. Sie selbst war noch vor einigen Wochen nach eigenem Eingeständnis die ausgesprochenste Prinzipienlosigkeit. Wir wünschen viel Glück, vielleicht bringen diese Prinzipienschuster noch einige weitere „Prinzipien" fertig. Das geht dort, wie man sieht, unglaublich rasch und auf Bestellung.

Woher kommt diese unglaublich rasche „Entwicklung"? Durch die ungeheure Verleumdung der Partei haben die Herrschaften es verstanden, einige Genossen auch in Holland zu verwirren und den Eindruck zu erwecken, daß es sich in der Tat um prinzipielle Differenzen handelt. Die Folge war ein Brief von den Genossen aus Holland, dessen Veröffentlichung diese in der „KAZ." forderten. Die Pressekommission konnte jedoch dem nicht nachkommen, weil er Anklagen gegen die Partei enthält, die vollkommen unberechtigt sind und wir der Meinung sind, daß eine Klärung ohne die Belastung der „KAZ." möglich ist, und außerdem über die Veröffentlichung eines Aufrufes an die Mitglieder der KAPD. diese selbst und nicht die Pressekommission entscheidet. Die „Opposition" jedoch hatte keine Skrupel. Nachdem sie sah, daß die Genossen in Holland eine prinzipielle Frage zu sehen glaubten, hängten sie sich wie Ungeziefer an deren Rockschöße. Daher die „prinzipielle" Entwicklung. Und dieser Aufruf der holländischen Genossen bildet gewissermaßen das Paradestück der Zeitung. Die Genossen aus Holland bedanken sich jedoch höflich für diese Anhänglichkeit. In einem Brief, den sicher auch die Prinzipienreiter erhalten haben, und der vor einigen Tagen eintraf, schütteln die Genossen in Holland diese „Opposition" folgendermaßen ab:

„Was die Opposition anbetrifft vermuteten wir schon, daß nicht nur reine Motive im Spiel waren. (Siehe unser Schreiben.) Und jetzt hat sich herausgestellt, daß wir in dieser Beziehung Recht hatten. Wir waren der Meinung, daß die Beitragssperre seitens der oppositionellen Bezirke nur den Zweck haben konnte, gewisse Fragen in der Gesamtpartei aufzurollen, wenn es sich zeigt, daß die üblichen Wege nicht zugänglich sind. Dieses Ziel war nun völlig erreicht und darum forderten wir diese Bezirke auf, die Beitragssperre aufzuheben und die Fragen auf dem nächsten Parteitag zu erledigen.

Die Opposition hat das nicht gewollt. Sie stellte eine Reihe Forderungen, welche nie zu bewilligen waren, womit ausgesprochen wurde, daß nicht die Reinigung, sondern die Zerschlagung der Partei das Ziel war. Damit ist die Opposition für uns abgetan, sie muß beiseite geschoben werden.

Als sich herausgestellt hat, daß es sich hier um einen Angriff auf die Partei selbst handelte, um eine Zerschlagung derPartei, ist es auch selbstverständlich, daß damit die Art, wie die Körperschaften auf diese Opposition reagierten, in anderem Lichte erscheint. Es war Pflicht, diese Opposition rücksichtslos abzuschneiden."

So sehen also erstens die Prinzipien selbst, und zweitens die „Erfolge" dieser Prinzipienfestigkeit aus. Wir registrieren noch, daß man einen langen Schreibebrief der „dänischen Genossen" bringt. Wir stellen fest, daß es deren zwei an der Zahl gibt, Vater und Sohn, die mit den Syndikalisten, Unorganisierten und wer weiß mit wem noch in Verbindung stehen. Es heißt jedoch in diesem geduldigen Papier von Zeitung, daß die „Opposition wächst". Wir wären sehr dankbar, wenn sie (außer einigen Genossen in Berlin) im gesamten Reiche ein dutzend Menschen mit Namen nennen könnte. Aber wenn man ebenso furchtbar prinzipienfest ist, kommt es auf eine Lüge mehr oder weniger auch nicht mehr an.

Wo die blödesten „Prinzipien" und Lügen nicht reichen, das Zeitungspapier schwarz zu machen, versucht man es mit kleinen schäbigen Mätzchen. So z. B. mit der lächerlichen Aufmachung eines Plakates, mit Schwarz als Referenten. Wahrheit ist, daß eine Oppositionsgruppe der KPD. in Köln **eine Versammlung mit Schwarz als Referenten organisierte und durchführte.** Die Plakate wurden in derselben Druckerei gedruckt, die auch die Plakate für die KAPD. druckte. Durch ein Versehen blieb auf einigen Plakaten der falsche Text stehen. Die Partei hat immer und wo sie Gelegenheit hatte revolutionären Arbeitern ihre Unterstützung gegeben, wenn deren Kampf ein Kampf um Prinzipien wurde, und wird dies auch in Zukunft tun. Und jene Schmierfinken, die heute kleine Sensatiönchen als politische Henkersmahlzeit fressen, haben in der Taktik gegenüber der EL. dies ganz in Ordnung gefunden. Wenn sie heute zu einem Plakat, **das die Partei niemals bestellte** (Das Original-Plakat für Köln ist jederzeit einzusehen), sondern das durch ein **technisches Versehen des Druckers** zustande kam, greifen müssen, um ihren stutzig werdenden Nachläufern, deren Beiträge sie verpulvern, etwas zu „bieten", so zeugt das von einer Erbärmlichkeit und Niederträchtigkeit der Gesinnung, die nur noch mit der hysterischen Beschränktheit dieser politischen Falschmünzer wetteifert.

Wir fügen noch hinzu, daß es eine aus den Fingern gesogene Lüge ist, daß die Partei oder einige Funktionäre mit der Ruth-Fischer-Fraktion „verhandelt" oder die Absicht dazu besteht.

Wir sind gespannt auf die zweite Auflage und auf die neuen „Prinzipien", denn der „Fall Schwarz" reicht wohl aus zu einem kleinen Skandälchen, aber weiter doch nicht. Wir schlagen deshalb vor, die Diskussion über die Taktik der Union zu beginnen „auf breitester Grundlage" und Ihlenfeld-Linke als Referenten aufmarschieren zu lassen. Doch fürchten wir, daß die politische Bedürfnislosigkeit bei dieser „Opposition" bereits einen Grad erreicht hat, daß es noch nicht einmal zu einem politischen Selbstmord mehr ausreicht, und sie es vorzieht, an der politischen Schwindsucht langsam und elend zu krepieren. — Vor dieser unvermeidlichen Alternative rettet die Genossen, die sich von diesen Bonzen-fressenden Bonzen verwirren ließen nur die Einsicht, daß es notwendig ist, in die Partei zurückzukehren.

## Organisatorische Mitteilungen

### Groß-Hamburg

Am Dienstag, den 6. Dezember, findet im Lokal Schwanz, Wohldorfer Straße Ecke Stavkamp, ein **öffentlicher Diskussionsabend** statt. Beginn 8 Uhr. Tagesordnung heißt:

**Was wird aus der russischen Opposition?**

Alle Partei- und Unionsgenossen sind aufgefordert, pünktlich zu erscheinen.

Die Arbeitsausschüsse.

**Unionisten Hamburg!**

Am Sonnabend, den 3. Dezember, allgemeine Mitgliederversammlung im Lokal Wagner, Grützmachergang 22. Die äußerst wichtige Tagesordnung erfordert pünktliches Erscheinen aller Genossen.

Arbeits-Ausschuß.

Arbeitsausschüsse, Partei und Union am Donnerstag, den 1. Dezember, 8 Uhr abends: Kombinierte Sitzung bei Wagner, Grützmachergang 22. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

### Groß-Berlin

**2. und 7. Bezirk (Charlottenburg).**

Am Freitag, den 2. Dezember, kombinierte Mitgliederversammlung der Partei und Union. Alle Genossen müssen unbedingt erscheinen. Lokal Josefowitz, Galvanistr. 7. **Die Zahlabende für die Union des 2. u. 7. Bezirks befinden sich jetzt Lokal Josefowitz, Galvanistr. 7. Dortselbst jeden Freitag Ausgabe des „Kampfrufs"**

**Achtung Cöpenick!**

Am Freitag, den 2. Dezember 1927, findet eine wichtige Versammlung im Jugendheim, Schloßstr. 27 (Hof 1 Tr.), statt. Alle KAZ.- und „Kampfruf"-Leser haben unbedingt zu erscheinen.

Allgem. Arb.-Union.
Kommun. Arb.-Jugend, Bezirk Cöpenick.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Druck: Erdmann & Co., Berlin SO 36, Moritzpl. 6741.



8. Jahrg. Nr. 94 Preis 15 Pfg.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 5. Dezember 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bln. SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

## Die Eisenbahnerrebellion

**Dresden, 1. Dezember. Der Eisenbahnerstreik wurde heute weiter ausgedehnt. Nach den in Dresden schon im Streik stehenden Arbeitern der Werkstätten Friedrichstadt sind heute im Laufe des Tages die Arbeiter der Werkstätten in der Peripherie Dresdens in den Streik getreten, vor allem die Arbeiter im Betriebsdienst und Rangierer. Die Folgen dieser Erweiterung des Streiks zeigten sich schon im Laufe des heutigen Tages. Die Gleise verstopfen sich mit Güterzügen. Die Eisenbahndirektion sah sich gezwungen, anzuweisen, daß die nach Dresden beorderten Güterzüge auf den Bahnhöfen vor Dresden angehalten werden.**

**Der Güterverkehr liegt nicht nur in Dresden still, sondern ist auch in anderen Städten, wie Leipzig und Chemnitz, verstopft. Auch dort beginnt sich die passive Restistenz der Güterbodenarbeiter auszuwirken.**

**Dresden, 1. Dezember. Die Direktion des Ausbesserungswerkes Dresden-Friedrichstadt hat durch Anschlag bekannt gegeben, daß am 2. Dezember das Werk wieder eröffnet wird, daß sich aber die Direktion vorbehalte, wen sie einstelle. Sie hat zu diesem Zweck Listen aufgelegt, in die sich die arbeitswilligen Arbeiter eintragen sollen.**

WTB. Die Eisenbahndirektion Dresden plant die möglichst umgehende **Wiedereröffnung der Werkstätten** in Dresden-Friedrichstadt **unter Hinzuziehung von auswärtigen Arbeitern.** Es finden entsprechende Vormerkungen statt.

**Berlin,** 1. Dezember. Die allgemeine Erbitterung der Eisenbahner über die schroffe Ablehnung jeglicher Lohnerhöhung und das raffinierte Antreibersystem hat auch in Berlin alle Eisenbahner erfaßt. Der Dresdener Streik findet in allen Ausbesserungs- und Betriebswerkstätten lebhaftes Echo. **„Wir müssen ebenso vorgehen, wie in Dresden."** Das ist die allgemeine Stimmung in den Betrieben.

Es ist ein symptomatisches Zeichen, daß die kapitalistische Rationalilsierungsoffensive bereits in jenes Stadium getreten ist, wo der damit verbundene wachsende soziale Druck die natürliche Triebkraft spontaner Arbeitsniederlegungen ist. Wo die Spannung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten so groß ist, daß aus kleinen Anfängen sich im Handumdrehen größere Bewegungen entwickeln. So war es in der Zigarrenindustrie, wo der Tarifbruch etlicher Tabakarbeiter zu einem scharfen und langwierigen Konflikt führte.

So ist es auch jetzt auf der sächsischen Reichsbahn, wo die Maßregelung zweier Sprecher einer „ungesetzlichen" (d. h. während der Arbeitszeit stattgefundenen) Betriebsversammlung den Streik — die passive Resistenz ausgelöst hat. Als die Direktion des Ausbesserungswerks Dresden-Friedrichstadt ihre ausbeutungssteigernde Maßnahme der Verkürzung aller Arbeitszeitnormen noch krönte durch provokatorische Entlassungen, stellten die Proleten dieses Werkes ihre Gewerkschaftsinstanzen einfach vor die fertige Tatsache eines überraschenden Streiks. Mit dieser spontanen Arbeitsverweigerung gaben die Dresdener Eisenbahnarbeiter nicht nur der hohen Reichsbahnbürokratie die verdiente schnelle Antwort, sondern dokumentierten damit auch, daß ihnen die berühmte „Tariftreue" nicht ein so unantastbares Heiligtum ist, wie die zehn Gesetzestafeln für Moses. Unbewußt haben die Dresdener Reichsbahnsklaven mit ihrem selbständig begonnenen Streik gleichzeitig auch den Drahtzaun der Kadaverdisziplin durchbrochen, den eine „bewährte" Gewerkschaftsbürokratie um sie gezogen hat.

Ueber diese spontane Streikbewegung, über diese stürmische Rebellion braver Eisenbahner sind die gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Führer natürlich ganz entsetzt. Mit vollen Hosen und dickem Kopf rennen sie umher und beteuern ihre Unschuld und ihre ständige Verhandlungsbereitschaft. Gleich am ersten Tage jammerte der „Vorwärts": „Wird der Streik nicht auf dem schnellsten Wege beigelegt, dann können seine Funken sehr leicht in das Pulverfaß der Reichsbahn fallen. Dies zu verhüten, lohnt wahrlich die Mühe". Diese Heidenangst vor einem allgemeinen Eisenbahnerstreik, diese väterliche Liebe für die kapitalistische Reichsbahn A.-G. ist wirklich eine Messe wert und hat ihre sehr nahen Gründe. Von dem ununterbrochenen Betrieb der Reichsbahngesellschaft hängt nämlich zum großen Teile die Erfüllung des Dawes-Vertrags ab und damit der Kredit der deutschen Kapitalswirtschaft bei ihren ausländischen Gläubigern. Um nun besonders die Leistungsfähigkeit der deutschen Republik in punkto Dawes-Erfüllung nicht zu untergraben, deshalb haben die reformistischen Arbeiterführer ein so großes Interesse an der Sicherung des Wirtschaftsfriedens auf der Reichsbahn. Hinzu kommt außerdem das allgemeine Interesse, daß die SPD. infolge ihrer staatsbürgerlichen Einstellung an einem möglichst reibungslosen Gang der öffentlichen Betriebsanlagen hat.

Es ist darum ein erbärmliches Spiel, eine dreckige Komödie, welche die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Bürokratie im sächsischen Eisenbahnerstreik aufführen muß. Die reformistischen Führer wissen sehr gut, daß die Ausbeutungsmethoden der Reichsbahn-A.-G. überaus rigoros sind — der „Vorwärts" hat oft genug darüber berichtet — daß das Elend der Eisenbahnerproleten größer ist als in vielen anderen Betrieben. Aber in dem Moment, wo eine Gruppe Reichsbahnsklaven von oben direkt zur Rebellion gezwungen wird, ist es die einzige Sorge der Gewerkschaften, den Funken der Empörung möglichst schnell zu löschen durch planmäßige Isolierung der Streikenden. Die Eisenbahnarbeiter müssen sich auspovern lassen bis aufs Mark, provozieren lassen bis aufs Blut, sie können darüber bewegte Klagelieder in den Gewerkschaftsversammlungen anstimmen, — aber wenn ihnen mal der Geduldsfaden reißt, dann dürfen sie um Himmelswillen nicht das kapitalistische Pulverfaß der Reichsbahn in die Gefahr des Explodierens bringen. Wie eine Katze das Feuer scheut, so scheuen die „bewährten" Gewerkschaftsführer jede Bewegung, die mit der einschneidenden Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs das Ansehen der demokratischen Hungerrepublik in der Kapitalistenwelt erschüttern kann. „Die Reichsbahn als Scharfmacher" heulen die Gewerschaftsbonzen im „Vorwärts", um davon abzulenken, daß ihnen die Wiederherstellung der Ruhe im Dresdener Reichsbahnbetrieb des Kapitalistenstaates tausendmal wichtiger ist als die Organisierung eines Kampfes der Eisenbahnproleten um ihre Lebensinteressen.

Die sächsischen Reichsbahnarbeiter, die, ohne nach der „Tariftreue" zu fragen, in den Streik getreten sind, werden über den Ausgang ihres Kampfes nur dann nicht grenzenlos enttäuscht sein, wenn sie ihre Rechnung nicht ohne ihre gewerkschaftlichen Führer machen. Denn den Gewerkschaftsinstanzen wird die Abriegelung und tödliche Isolierung des Dresdener Streiks spielend leicht gelingen, wenn nicht in letzter Stunde die Tatsolidarität der übrigen Eisenbahner (Werkstatt- wie Fahrpersonal) einsetzt. Die Situation dafür ist gewiß nicht ungünstig, weil es auch in anderen Reichsbahnbezirken gärt. Aber dieser einheitliche Vorstoß der Eisenbahnproleten ist nur möglich im radikalen Bruch mit den wirtschaftsfriedlich verseuchten Gewerkschaften, die als Hüter der Schlichtungsgesetze unfähig sind zu einem solchen Schlag gegen einen Lebensnerv der kapitalistischen Gesellschaft. Nur die proletarische Massenmobilisation vereinigt die Klassenkräfte, um die Reichsbahn-Gurgel des Kapitalistenstaates mit eisernem Griff zu umklammern. Wenn die Dresdener Eisenbahnarbeiter dies begreifen, werden sie aus ihrer heutigen Rebellion die revolutionären Schlüsse für ihre morgige Klassenkampfpraxis ziehen können.

## Reformistische oder revolution. Opposition

Die Plattformen zweier Führergruppen der russischen Opposition sind uns nunmehr in deutscher Sprache zugänglich geworden. Es handelt sich auf der einen Seite um die Thesen der Trotzki- und Sinowjew-Oppositionellen, die von den Urbahnsleuten herausgegeben und um jene von Smirnow und Sapronow wie einiger anderer bolschewistischer Führer, die von einer Korsch nahestehenden Gruppe veröffentlicht wurden.

Die Veröffentlichung beider Plattformen ist von großer Bedeutung auch für das deutsche Proletariat, das bisher in der Hauptsache mit jener „Wahrheit über Rußland" abgespeist wurde, die die vom ZK. der KPD. zusammengestellten und ausgesuchten Arbeiterdelegationen — zu 80 Prozent Sozialdemokraten — von drüben heimbrachten, das dürfte endgültig vorüber sein. Um die dritte Arbeiterdelegation, die aus dem Trubel der Jubiläumsfestlichkeiten längst zurückgekehrt ist, ist es bisher merkwürdig still geblieben; denn es wird, wie gesagt, immer schwerer, gegen die zahlreichen und durch eine offenbar bis in jede Einzelheit sich erstreckende genaue Kenntnis des russischen Lebens belegten in den oben erwähnten Plattformen enthaltenen kritischen Einzelheiten anzulügen.

Und dies Verdienst haben die Smirnow und Sapronow, die Trotzki und Sinowjew jedenfalls: uns nämlich zu zeigen und gezeigt zu haben — wenn auch, wie wir noch sehen werden, wider Willen —, daß die Entwicklung in Rußland unweigerlich auf kapitalistischen Geleisen rollt und daß der russische Staat wie die russische Wirtschaft trotz der Ueberschrift: „Vor dem Thermidor, wie wir sie bei Sapronow-Smirnow finden, ihren Thermidor bereits hinter sich haben, denn die von der Opposition allseits belegten und bestätigten Tatsachen der völligen Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden proletarischen Massen in Stadt und Land durch die russische Bourgeoisie und den ihr ergebenen im Rahmen der Nep arbeitenden Staatsapparat, die Angaben über das furchtbare Elend einer Dauererwerbslosenarmee von Millionen, von denen nur ein ganz geringer Teil Unterstützung bezieht, über die völlige Entartung der Partei usw. lassen keinen anderen Schluß zu.

Wir geben zu, daß es in Rußland unter dem grausamen Druck der Stalinregierung und der Tscheka schon etwas bedeutet, solche Tatsachen, wie sie in den Plattformen enthalten sind, auszusprechen und in die Oeffentlichkeit zu schleudern. Wenn Stalin sich bis heute geweigert hat, die Thesen der Oppositionsgruppen legal in Druck zu geben und von sich aus dem russischen Proletariat bekannt zu machen, wenn er die Opposition bis zur Ausrottung verfolgt und sie gerade wegen der illegalen Drucklegung ihrer Plattform in die Gefängnisse wirft, so besagt das genug.

Wir dürfen uns jedoch dadurch wie durch den Kampf, den auch die KAP. gegen die Knebelung und Einkerkerung russischer Oppositioneller zu führen gezwungen ist, keinen Augenblick blenden oder im Gefühl verwirren lassen, sondern müssen die Frage nach dem Wesen der russischen Opposition, soweit uns deren Ansichten in schriftlich festgelegter Form bekannt wurden, in unerbittlicher Klarheit stellen. Nur so dienen wir dem internationalen Proletariat und seiner revolutionären Sache.

Ueber das Wesen der Trotzki- und Sinowjew-Opposition sollte in den Kreisen des deutschen Proletariats kein Zweifel mehr bestehen; dennoch lohnt es sich, aus der neuesten Plattform dieser abgesägten Führer des russischen wie des Weltbolschewismus einiges anzuführen, das zeigt, wie die russischen „Ruthenen" nichts gelernt und nicht vergessen haben.

Bezeichnend für die wahrlich naiv wirkende Art, wie diese Führer sich auch noch heute zu dem Wesen wie den künftigen Perspektiven des Bolschewismus und der russischen Entwicklung einstellen, ist die Tatsache, daß sie auch jetzt mit dem Körper zwischen Baum und Borke und mit dem Kopf fast auf der Guillotine es sich nicht verkneifen können, zwischen sich und den deutschen „Ultralinken" — den Ausdruck schuf Ruth Fischer — noch einmal ausdrücklich die Scheidelinie zu ziehen. Sie stellen diese auf eine Stufe mit den Sozialdemokraten und wiederholen in jämmerlicher Form